

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Extremismus im Freistaat Sachsen

Linksextremismus

Autonome

Entstehung und Strukturentwicklung

Die Ursprünge der Autonomen resultieren aus dem Zerfall der 1968er-Protestbewegung und dem allmählichen Niedergang der daraus gewachsenen kommunistischen Splittergruppen. Sie gingen aus einem Teil der politischen Alternativkultur, der militanten Hausbesetzerszene, insbesondere jedoch aus der sogenannten „Sponti-Bewegung“ hervor. Diese stand für Unabhängigkeit, Selbstorganisation und Spontaneität bei politischen Aktionen. Sie war stark von anarchistischen, hierarchie- und organisationsfeindlichen Einstellungen sowie einer Verweigerungshaltung gegenüber bürgerlichen Normen geprägt.

Der Begriff Autonome setzte sich als Selbstbezeichnung der Szene Anfang der 1980er Jahre durch. Er nimmt Bezug auf die Bewegung der „Arbeiterautonomie“ (Autonomia Operaia), die sich in den 1960er Jahren in den industriellen Zentren Norditaliens gebildet hatte und dort für militante Auseinandersetzungen und Fabrikkämpfe in den 1960er und 1970er Jahren verantwortlich gewesen war. Diese Bewegung hatte den von Gewerkschaften und Parteien unabhängigen antikapitalistischen Kampf der Fabrikarbeiter propagiert, indem sie den autonomen Arbeiter als revolutionäres Objekt in den Mittelpunkt des Konfliktes zwischen Kapital und Arbeit stellte. Eine Leitung oder Organisation durch Parteien oder Gewerkschaften sollte nicht stattfinden.

Die Ideen der Autonomia Operaia, der Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung der politischen Ziele, die Ablehnung von festen Organisationsformen und der Kampf für die eigenen Interessen wurden von den Autonomen als „Politik der ersten Person“ auch für andere Aktionsfelder als den Fabrikkampf übernommen.

In den 1980er Jahren entstanden in zahlreichen Städten in der Bundesrepublik Deutschland Gruppen, die sich selbst als „autonom“ definierten. Sie versuchten, mit gewalttätigen Aktionen neue „Freiräume“ zu erkämpfen, um dadurch zugleich eine eigene Handlungsfähigkeit in verschiedenen auch von friedlichen Nichtextremisten geführten Konflikten (Startbahn-West in Frankfurt am Main [Hessen], Hausbesetzungen etc.) zu etablieren. Um „Freiräume“ zu erkämpfen, beteiligten sich Autonome vor allem an zahlreichen Hausbesetzungen als politisches Mittel im Kampf gegen den Staat. Gleichzeitig suchten sie gewalttätig die offene Auseinandersetzung mit dem „staatlichen Gewaltapparat“.

Strukturell ist die autonome Szene zumeist stark zersplittert und in örtlichen Szenen und Kleingruppen organisiert. Den verschiedenen Versuchen der Bildung einer überregionalen Organisation oder zumindest einer dauerhaften Vernetzung untereinander standen bislang die den Autonomen eigene Organisationsfeindlichkeit, ihr aktionsorientiertes Vorgehen sowie ideologische Differenzen entgegen.

Allerdings zeichnet sich in den letzten Jahren sowohl bundesweit als auch in Sachsen innerhalb der autonomen Szene eine deutliche Tendenz ab. Neben den undogmatischen und militanten Linksextremisten – den „klassischen“ Autonomen – etablieren sich sogenannte „Postautonome“. Im Gegensatz zu Autonomen herkömmlicher Prägung präsentieren sie sich ziviler und moderater und streben eine Zusammenarbeit in

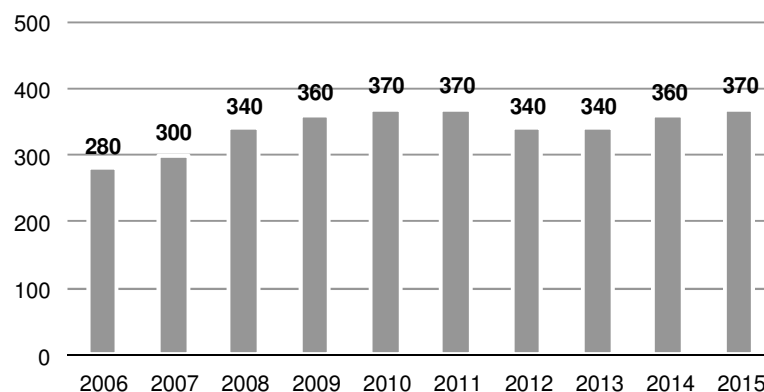
Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

überregionalen Bündnissen an, denen auch andere linksextremistische Organisationen, aber auch Nichtextremisten angehören. Diese Bündnisse sprechen sich für die Beibehaltung militanter Konzepte aus, legen allerdings Wert auf deren Vermittelbarkeit außerhalb der eigenen Klientel. Ein Beispiel eines solchen bundesweiten postautonomen Netzwerks ist die „Interventionistische Linke“, der mit Prisma Leipzig – auch als IL Leipzig bezeichnet – eine linksextremistische Gruppierung aus Sachsen angehört.

Im Freistaat Sachsen festigte sich 1989/1990 eine autonome Szene. Diese Szene orientierte ihren Kampf damals an Themen, wie der Stasi-Aufarbeitung und der „Kolonisierung durch das System der Bundesrepublik“. Die Agitations- und Aktionsfelder der Autonomen glichen sich seit den 1990er Jahren in den neuen Bundesländern denen der Altbundesländer an. Zentrale Agitationsthemen für Autonome in Ost und West sind der sogenannte „Antifaschismuskampf“ bzw. das Themenfeld „Antirassismus“/Asyl. Welche Aktionsfelder aber aufgegriffen und thematisiert werden und schließlich zu öffentlichen Aktionen führen, ist von den jeweiligen politischen Rahmenbedingungen und aktuellen politischen Debatten abhängig. Vor allem die anhaltende Diskussion über die Asylpolitik veranlasste die sächsische autonome Szene im Berichtsjahr zu Aktionen. Da die Asylpolitik der Bundesregierung sowie die Aufnahmepraxis in Sachsen als „repressiv“ interpretiert werden, waren es im Berichtsjahr hauptsächlich die Aktionsfelder „Antirepression“ und „Antirassismus“/Asyl, die thematisiert und in der öffentlichen Agitation miteinander verknüpft wurden.

Die autonome Szene dominiert den Linksextremismus im Freistaat Sachsen deutlich. Ihr gehören ca. 370 Personen an, die einen Anteil von ca. 47 % aller linksextremistischen Bestrebungen in Sachsen (ca. 780) ausmachen. Wie die numerische Entwicklung zeigt (siehe Grafik), hat sich in den zurückliegenden Jahren – von kleinen Schwankungen abgesehen – ein relativ konstanter Personenkreis von durchschnittlich ca. 350 Personen herausgebildet, der diese Strömung des Linksextremismus repräsentiert.

Entwicklung der Anzahl Autonomer im Freistaat Sachsen



Regionaler Schwerpunkt der sächsischen autonomen Szene ist die Stadt Leipzig. Mehr als die Hälfte der sächsischen Autonomen gehört der Leipziger Szene an, so dass sich dort das stärkste gewaltbereite Potenzial konzentriert.

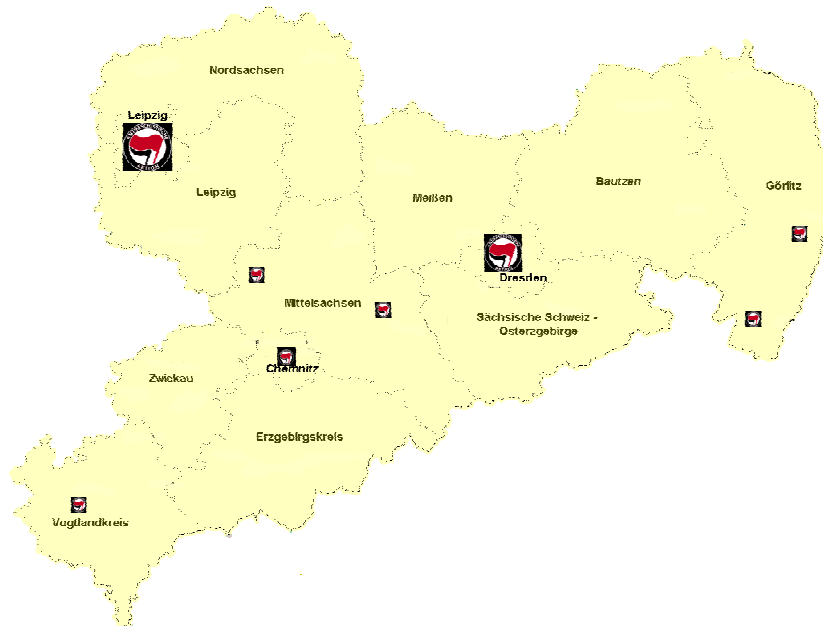
In Dresden – zweiter Schwerpunkt sächsischer Autonomer – ist die örtliche Szene wesentlich kleiner, ihr Stellenwert hat in den letzten Jahren weiter abgenommen.

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Die autonome Szene in Chemnitz ist nochmals deutlich kleiner und kaum strukturiert, aber anlassbezogen im Verhältnis zu ihrer Größe vergleichsweise aktiv.

Kleinere autonome Szenen finden sich im Landkreis Mittelsachsen, im Vogtlandkreis sowie im Landkreis Görlitz. In Klein- und Mittelstädten bestehen einzelne autonome Gruppen, die sich an Demonstrationen beteiligen und auch eigene Aktionen durchführen.

Autonome Szenen in Sachsen



Selbstverständnis und linksextremistische Ideologie

Die autonome Szene ist eine Strömung innerhalb des Linksextremismus, die keiner Organisation mit klaren Strukturen angehört. Sie unterscheidet sich deutlich von anderen Gruppierungen, vor allem hinsichtlich ihres Selbstverständnisses, Weltbildes und Organisationsgrades.

Zwar gibt es gemeinsame Grundpositionen aller linksextremistischen Strömungen, die sich in einer erklärten Gegnerschaft zum freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat und damit zur Bundesrepublik Deutschland zusammenfinden. Darüber hinaus besteht ein grundsätzliches Bekenntnis zu „revolutionärer Gewalt“. Im Gegensatz zu anderen linksextremistischen Gruppierungen – etwa zu orthodoxen Kommunisten – lehnen Autonome aber einen Staat sowie politische Parteien kategorisch ab. Weltanschaulich-politisch verfolgen sie keine dogmatische Linie, sondern verstehen sich als Fundamentalopposition und Basisbewegung. Das Weltbild der Autonomen und deren Weltanschauung resultieren aus ihrem Selbstverständnis, welches von einer destruktiven Anti-Haltung (antistaatlich, antirepressiv, antifaschistisch) geprägt ist. Deshalb tragen auch deren Aktionen einen destruktiven Charakter. Jenseits von Forderungen nach „Selbstbestimmung“ und „herrschaftsfreien Verhältnissen“ gibt es kein einigendes ideologisches Band unter Autonomen.

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Autonome wollen eine herrschaftsfreie, „antikapitalistische“ Gesellschaft

Ihrem Selbstverständnis entsprechend orientieren sie sich an anarchistischen Ideologiefragmenten und wenden sich von diesem Ansatz ausgehend gegen jegliche Form von Herrschaft, Organisation und Hierarchie. Demzufolge lehnen sie die Gewaltenteilung ab, in denen eine demokratisch legitimierte Mehrheit eine kontrollierte Macht ausübt und Minderheitenrechte zu achten hat. Angestrebt wird somit die Abschaffung der Demokratie. Der Weg dorthin ist zwar nicht klar definiert, Gewaltanwendung wird aber als „legitim“ betrachtet.

Autonome bekämpfen auch die von ihnen als „kapitalistisch“ bezeichnete Gesellschaftsordnung. Ihnen geht es dabei nicht um eine legitime Kapitalismuskritik, sondern vielmehr um die Abschaffung unserer Gesellschaftsordnung durch eine soziale Revolution und die Errichtung einer „herrschaftsfreien“ Gesellschaft.

Rolle der Gewalt

Für Autonome ist Gewaltausübung sowohl zur Durchsetzung politischer Ziele als auch als Symbolhandeln maßgeblich. Gewaltbereitschaft ist ein identitätsstiftender und prägender Bestandteil der autonomen Szene. Sie findet Ausdruck in schwersten Straftaten, die in Strategiepapieren und Diskussionen gerechtfertigt und in Symbolik verherrlicht werden. Durch ihre Gewaltbereitschaft unterscheiden sich die Autonomen von legalistischen Linksextremisten.

Autonome sehen sich als Opfer sowohl staatlicher Gewalt als auch der des politischen Gegners. Insofern sehen sie ihre eigene Gewaltausübung als legitim an. Zum anderen gibt es aus ihrer Sicht bestimmte politische Anliegen, die den Einsatz von Gewalt generell rechtfertigen.

Dabei orientieren sich Autonome stark am Philosophen und Sozialwissenschaftler Herbert Marcuse, der mit seinen Ideen maßgeblich die 1968er Bewegung beeinflusste. Er sah die Ursachen für Gewalt in den „kapitalistischen Produktionsverhältnissen“. Diese seien die Basis für gesellschaftliche Strukturen sowie für Institutionen und Machtverhältnisse, die schließlich eine „strukturelle“ Gewalt auf ihre Bürger ausübe. Daraus leiten Autonome ein Naturrecht auf Widerstand ab und rechtfertigen damit den Einsatz von Gewalt. Vor allem in Anlehnung an Marcuses Prinzip der Gegenwehr prägte die autonome Szene den Begriff „Antirepression“. Er versteht sich ausschließlich als Reaktion auf vermeintliche Gewalt des Staates, um die herrschende Gewalt aufzubrechen und gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen.

Auf Grund dieser Orientierung herrscht in der sächsischen autonomen Szene Konsens darüber, Gewalt als ein legitimes Mittel der Politik anzusehen.

So positionierten sich beispielsweise Akteure der Leipziger Szene in der Erklärung „[LE] Äußerungen zu den Krawallen am 5. Juni“¹:

„Natürlich braucht es zur Veränderung der Gesellschaft Militanz (...).“ „Wir glauben, dass gezielte und klandestine Angriffe wie das (technische) Lahmlegen der Ausländerbehörde oder das (massenhafte) Sabotieren wichtiger Infrastrukturen zielführender ist.“

¹ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 18. Juni 2015)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Auch die Dresdner linksextremistische Kampagne 129 ev², welche sich nach Ermittlungsmaßnahmen gegen Angehörige der Dresdner autonomen Szene im April 2011 gebildet hatte, rechtfertigte militante Aktionen als „Gegengewalt“ gegen die Bedrohung autonomer Freiräume:

„Durch intensives Räumen besetzter Häuser und Wagenplätze werden experimentelle Freiräume, die eine Alternative zur kapitalistischen Verwertungslogik darstellen, nach und nach zerstört. (...) Planmäßig wird die Möglichkeit eines herrschaftsfreien Lebens mit jedem Tag ein Stück mehr bekämpft und viele Aspekte des Widerstandes ‚provokativ‘ verunmöglicht.“³

Militanz ist für sie außerdem *„in ihrer unterschiedlichsten Form (ein) notwendiges und legitimes Mittel emanzipatorischer Politik.“⁴*

Eine neue Tendenz zeigte sich im Berichtszeitraum in der Zielrichtung der Gewalt. Bisher richteten sich Gewalttaten hauptsächlich gegen den politischen Gegner, der tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten sowie Polizisten umfasst.

Im Jahr 2015 gerieten zunehmend Institutionen, die nach Auffassung der gewaltbereiten Autonomen dem „Repressionsapparat“ zugerechnet werden (Parteien wie CDU, SPD und GRÜNE, Justizbehörden) bzw. in „repressive Abläufe“ eingebundene Unternehmen (Banken, Sicherheitsfirmen) in den Fokus linksextremistischer Gewalt. Der Umfang der Ziele zeigt, dass sich der Aufruf gegen den demokratischen Rechtsstaat und gegen ausgewählte Unternehmen der Privatwirtschaft richtete.

Initialzündung für diese Entwicklung war der Aufruf unter dem Motto *„Leipzig: Ein Aufruf zu Gewalt – gegen jene, die diese gewalttätige Welt wollen“⁵* vom 17. Dezember 2014, in dem diese Ziele formuliert und zur Gewalt aufgerufen wurde (weitere Angaben siehe Beitrag „Autonome in Leipzig“).

Ein Novum war im Berichtsjahr, dass die Akteure diese Aktionen zunehmend „theoretisch“ reflektierten und sich mit der Rolle von Gewalt und Militanz als Instrumente politischen Agierens auseinandersetzten. So wurden diese Aktionen von einer ganzen Reihe von Bekennerschreibern und Positionspapieren flankiert. Diese dienten einerseits dem Versuch, die Gewalt öffentlich zu rechtfertigen, andererseits aber auch der szeneeinternen Diskussion über Taktiken der Gewaltanwendung. Allen gemeinsam ist die einheitliche Auffassung, dass Gewalt und Militanz als geeignete Mittel praktischer Politik angesehen werden.

Gewalttätige Aktionen

Der Stellenwert der Gewalt für die sächsische autonome Szene zeigt sich auch in deren politischem Handeln, das von einem anhaltend hohen Aggressionsniveau geprägt ist. Neben Polizisten stehen vor allem tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten im Fokus linksextremistischer Gewalt. Darüber hinaus weist die Intensität der Körperverletzungen

² Mit der Verwendung der Zahlenformel 129 bzw. 129a verdeutlichen Linksextremisten ihren Protest gegen – aus ihrer Sicht diskriminierende und ungerechtfertigte – Ermittlungsverfahren gegen linksextremistische Zusammenschlüsse wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 des Strafgesetzbuchs - StGB) bzw. Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB). Entsprechende Maßnahmen von Polizei und Justiz werden als „Repressionsmaßnahmen“ diffamiert und in der Öffentlichkeit angegriffen.

³ Internetseite der Kampagne 129 ev, Beitrag „Repression auf mehreren Ebenen“ vom 23. Juni 2011 (Stand: 22. September 2015)

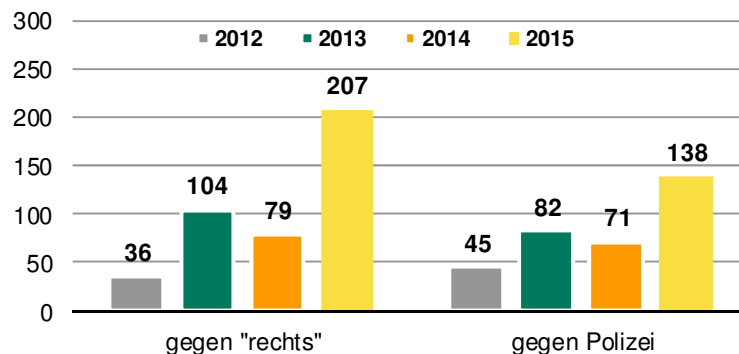
⁴ Szenezeitschrift „Underdog“, Ausgabe 42 vom 1. August 2013, auch abrufbar auf der Internetseite der Kampagne 129 ev (Stand: 15. September 2015)

⁵ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 18. Dezember 2014)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

darauf hin, dass Autonome ihren Gegnern zunehmend bewusst körperliche Schäden zufügen zu wollen.

Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund im Freistaat Sachsen, die gegen den politischen Gegner bzw. die Polizei gerichtet waren



Charakteristisch ist das besonders gewalttätige Vorgehen gegen die Polizei. Polizeibeamte verkörpern das staatliche Gewaltmonopol und gelten Autonomen als Vertreter des verhassten Staates. Im Berichtsjahr richteten sich die Aktionen auch gegen Institutionen des demokratischen Rechtsstaates, welche Autonome dem „Repressionsapparat“ zurechnen. Exemplarisch dafür stehen folgende Aktionen:

- Am 15. Januar 2015 zogen unangemeldet etwa 600 bis 800 Personen, die teilweise schwarz gekleidet und verummmt waren, durch die Leipziger Innenstadt. Sie hinterließen eine Spur der Verwüstung. Sie bewarfen Polizeibeamte und Polizeifahrzeuge mit Steinen, zündeten Pyrotechnik und beschädigten Fahrzeuge und Verkehrszeichen. Außerdem beschmierten sie öffentliche Gebäude und warfen am Amtsgericht 40 Fensterscheiben ein.
- Am 24. April 2015 beschädigten zehn verummte Personen die Verglasung der Ausländerbehörde in Leipzig.
- Am 5. Juni 2015 zogen etwa 70 bis 100 verummte Personen randalierend durch die Innenstadt Leipzigs und zerstörten u. a. die Fenster des Bundesverwaltungsgerichts.
- Am 12. Dezember 2015 eskalierte in Leipzig im Zusammenhang mit einer Demonstration von Rechtsextremisten die Gewalt, als es zu massiven Ausschreitungen von Linksextremisten kam.

Mit dieser Gewalt verfolgten sie das Ziel, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Das zeigte sich deutlich bei einem Angriff auf den neuen Polizeiposten in Leipzig-Connewitz am 7. Januar 2015, durch den sich Autonome in ihrem Szeneviertel Connewitz in ihrem „selbstbestimmten Freiraum“ beeinträchtigt sahen:

- Etwa 50 verummte Personen griffen den Polizeiposten in Connewitz mit Steinen, Flaschen, Feuerwerkskörpern und Farbbeuteln an. Dabei wurden Fensterscheiben und die Fassade erheblich beschädigt. Außerdem setzten sie einen Funkstreifenwagen in Brand. Vor ihrer Flucht legten die Angreifer auf der Straße sogenannte „Krähenfüße“ aus. In einem anschließend auf einem von Linksextremisten genutzten Internetportal

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

veröffentlichten Bekennerschreiben hieß es u. a.: *„Bulle dein Duldungsstatus ist aufgehoben (...)“*.⁶

Maßgeblich für die Mobilisierung und das Verhalten von gewaltorientierten Linksextremisten sind die Bedeutung des Anlasses, die aufrufenden Gruppierungen sowie die zur Mobilisierung genutzten Medien. Gesellschaftlich relevante Themen, die den Kernbereich der linksextremistischen Grundsätze treffen, wie die Beteiligung von Rechtsextremisten an Wahlen oder als Initiatoren von Veranstaltungen sowie die Asyldebatte, können dabei verstärkend auf linksextremistische Straf- und Gewalttäter wirken.

So griffen Unbekannte am 12. Dezember 2015 zielgerichtet den Anmelder einer am selben Tag stattfindenden rechtsextremistischen Demonstration in Leipzig an. Die Täter drangen in die Wohnung des Geschädigten ein und zerstörten die Einrichtung.

Ebenfalls im Zusammenhang mit der Veranstaltung griffen bereits am 9. Dezember 2015 unbekannte Täter den stellvertretenden Kreisvorsitzenden der NPD in seinem Ladengeschäft in Leipzig tätlich an. Dem Geschädigten wurde eine Kopfverletzung zugefügt.

Zu dem Angriff wurden unter dem Titel „[LE] Action speaks louder than words“⁷ noch am selben Tag ein Selbstbeichtigungsschreiben sowie Bilder veröffentlicht, die die Täter bei dem Angriff fertigten.

In der Nacht vom 12. zum 13. März 2015 kam es in Dresden erneut zu einem Brandanschlag auf ein Fahrzeug der Deutschen Bahn AG. Die unbekanntes Verfasser eines Selbstbeichtigungsschreibens⁸ begründeten die Tat mit dem „mensenunwürdigen Verhalten“ der Deutschen Bahn und deren Personal gegenüber *„Menschen, welche sich kein Ticket leisten können, oder die jährlich erhöhten Preise nicht bezahlen wollen“*, und gegenüber Obdachlosen, die von Bahnhöfen vertrieben würden. Denselben Vorwurf erhoben sie auch gegenüber angeblich „rassistische(n) Kontrollen“. Die Tatbegehung in Verbindung mit dem Anschlagziel und dem Tatbekenntnis lässt auf einen anzunehmenden linksextremistischen Hintergrund schließen. Bereits am 31. Mai 2014 kam es in Dresden zu einem Brandanschlag auf fünf Fahrzeuge der Deutschen Bahn.

Aktionsfelder der Autonomen

Autonome greifen entsprechend der politischen Lage und des politischen Diskurses verschiedene Themenfelder auf und positionieren sich dazu in der Öffentlichkeit.

Zu den derzeit wichtigsten Aktionsfeldern sächsischer Autonomen gehören neben dem „Antifaschismuskampf“ Themen wie „Antirassismus“/Asyl sowie „Antirepression“ und „Freiräume“. Welche der Aktionsfelder in der Öffentlichkeit thematisiert werden und inwieweit Autonome in der Lage sind, diesbezüglich tätig zu werden, hängt von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab. So führte beispielsweise die anhaltende öffentliche Diskussion über die Asylpolitik zu einem Anstieg von Aktionen der autonomen Szene zu den Themenfeldern „Antirassismus“/Asyl. Seit geraumer Zeit verzahnen sie mehrere Themenfelder miteinander wie „Antifaschismuskampf“ mit „Antirassismus“ oder „Kampf um Freiräume“ mit „Antirepression“.

⁶ <https://linksunten.indymedia.org>, Beitrag „[LE] Angriff auf Polizeiposten“ (Stand: 8. Januar 2015)

⁷ <https://linksunten.indymedia.org/de> (Stand: 10. Dezember 2015). Am 30. Dezember 2015 trat der Geschädigte von seinem Amt als stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD in Leipzig zurück, außerdem gab er seinen Austritt aus der NPD bekannt.

⁸ <https://linksunten.indymedia.org>, Beitrag „Dresden: DB-Auto den Flammen übergeben“ (Stand: 16. März 2015)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Im Vergleich dazu haben die Themen „Antikapitalismus“ bzw. „Antiglobalisierung“, „Antimilitarismuskampf“ und „Anti-Atom-Protteste“ in der sächsischen autonomen Szene nur geringe Bedeutung.

„Antifaschismuskampf“

Autonome gehen davon aus, dass Faschismus und Kapitalismus in einem kausalen Zusammenhang stehen. Das ökonomische System – also Demokratie und Soziale Marktwirtschaft – bilde demnach die Ursache für den Faschismus als politische Ordnung bilden. Aus Sicht Autonomer bedeutet der Kampf gegen den Faschismus damit gleichzeitig Kampf gegen den demokratischen Rechtsstaat.

Dies zeigte sich exemplarisch an den Positionen der Antifaschistischen Offensive Leipzig (AOL), auf deren Internetseite es hieß:

„Faschismus und Rassismus finden ihren Ursprung im kapitalistischen System, diesem gilt es, sich entschlossen entgegen zu stellen.“⁹

Obwohl es aus Sicht der Autonomen legitim und erforderlich ist, Rechtsextremisten auf allen Ebenen und mit allen Mitteln zu bekämpfen, grenzen sie sich von staatlichen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus ab. Deren Unterstützung würde ihrem Kampf gegen das „System“ zuwiderlaufen.

Dementsprechend wurde in einer Flugschrift anlässlich des 80. Jahrestages der „Antifaschistischen Aktion“ festgestellt, die Doppelfahnen seien

„zu einem Emblem geworden, das szenübergreifend Verwendung findet, sich vom staatstragenden Antifaschismus abgrenzt und für eine militante Politik steht.“¹⁰

Mit dem Themenfeld des Antifaschismus ist es den sächsischen Autonomen in den letzten Jahren gelungen, Akzeptanz über ihre eigene Klientel hinaus zu finden. Rechtsextremismus wird von der breiten Öffentlichkeit abgelehnt. Dadurch gelingt es Autonomen teilweise, Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Kräften einzugehen, um gemeinsam mit diesen gegen rechtsextremistische Aktivitäten zu demonstrieren. Mittels dieser Bündnisstrategie wollen sie extremistischen Positionen Normalität verleihen und die Akzeptanz ihrer politischen Ziele fördern. Dies führt z. B. dazu, dass sich in Einzelfällen auch bürgerliche Teilnehmer verleitet sehen, die Rechte anderer Personen, beispielsweise die Demonstrationsfreiheit, zu verletzen.

Dass damit eine Debatte über Blockaden als legales politisches Mittel angestoßen wird, bewertet die autonome Szene positiv. Deutlich äußerte sich dazu ein Aktivist der linksextremistischen Kampagne 129 ev:

„(...) für viele Menschen, die nicht unbedingt dem klassisch linken Spektrum zuzuordnen sind, sind Blockaden so erst zum persönlichen Protest- und Widerstandshandeln geworden.“¹¹

⁹ <http://aole.blogspot.de>, Beitrag „Antifaschistische Demonstration in Gotha“ vom 1. März 2014 (Stand: 22. September 2015). Die Gruppierung gab Ende 2014 im Internet ihre Auflösung bekannt.

¹⁰ Flugschrift „80 Jahre Antifaschistische Aktion“, 1. Auflage vom Juni 2012, Göttingen (Niedersachsen)

¹¹ Szenezeitschrift „Underdog“, Ausgabe 42 vom 1. August 2013, auch abrufbar auf der Internetseite der Kampagne 129 ev (Stand: 15. September 2015)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Autonome missbrauchen friedliche zivilgesellschaftliche Aktivitäten und Demonstrationen bewusst. Sie nutzen diese nichtextremistischen Versammlungen als Rückzugsort, um in der Menge der friedlichen Demonstranten unterzutauchen und diese als sogenannte „Deckungsmasse“ zu missbrauchen. Diese Strategie wurde im Zusammenhang mit einer Demonstration von Rechtsextremisten am 12. Dezember 2015 deutlich. Linksextremisten beteiligten sich nicht am bürgerlichen Protest, sondern agierten in Kleingruppen.

Das im Hinblick auf die Umsetzung der Bündnisstrategie beispielhafte Bündnis „Nazifrei-Dresden stellt sich quer“ legte im Berichtsjahr seine Verknüpfungen zur linksextremistischen autonomen Szene deutlich offen. So schrieb es in einem Kommentar auf seiner Facebook-Seite:

„(...) wir sind das, was ihr den ´schwarzen Block´ nennt. Er ist Teil von uns, er ist bei uns im Bündnis. Und ohne ihn, würde es weder dieses Bündnis geben, noch hätten wir je einen Nazi-Großaufmarsch blockiert. Dresden Nazifrei ohne die radikale Antifa wird es nicht geben! Und das ist auch gut so.“¹²

Die sächsische autonome Antifa legt den Begriff des „Faschismus“ bei ihrer Argumentation zunehmend weit aus. Alle Positionen, die nicht ihren Wertvorstellungen entsprechen, werden als „nazistisch“ oder „reaktionär“ abgelehnt. Im Zuge dessen werden sowohl tatsächliche Rechtsextremisten, aber auch andere Personen als „Faschisten“ oder „Nazis“ bezeichnet, wenn sie nicht die Positionen der Autonomen vertreten. So sollen Angriffe auf Personen, die nicht in das eigene Weltbild passen, legitimiert werden.

„Antirassismus“/Asyl

Autonomer „Antirassismus“ steht in einem engen inhaltlichen Zusammenhang mit dem Themenfeld „Antifaschismus“. Mit antirassistischen Positionen Autonomer verbindet sich stets auch Kritik am demokratischen Rechtsstaat und dessen Institutionen. Staatlichen Akteuren wird ein „institutioneller Rassismus“, unterstellt, der systemimmanent sei, so bei der als „rassistisch“ abgelehnten deutschen Asylpolitik. Da diese als „faschistisch“ und „repressiv“ angesehen wird, verknüpfen Autonome zunehmend die Themenfelder „Antirassismus“/Asyl sowie „Antirepression“ miteinander. Vor allem auf Grund der öffentlichen Debatten über die Asylthematik eröffnet sich für Linksextremisten ein Konsens mit zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Sächsische Autonome agierten im Berichtsjahr vorrangig in diesem Aktionsfeld. Mit diesen Aktivitäten befasst sich der Beitrag „Im Fokus – Instrumentalisierung der Asylthematik durch Linksextremisten“ in diesem Bericht.

„Antirepression“ bzw. „Kampf um Freiräume“

Der „Kampf gegen staatliche Repression“ ist ein typisches Aktionsfeld von Autonomen, mit dem der demokratische Rechtsstaat delegitimiert werden soll. Er wird als ein gerechtfertigtes Mittel verstanden, um die herrschende „Gewalt des Systems“ aufzubrechen.

Seit 2011 hat dieses Thema unter sächsischen Autonomen zunehmend an Bedeutung gewonnen. Auslöser hierfür waren Durchsuchungsmaßnahmen der sächsischen Polizei im April 2011, die wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung durchgeführt worden waren. In der Folge entstand die gewaltbefürwortende linksextremistische Kampagne 129 ev, die im Wesentlichen durch Öffentlichkeitsarbeit um Unterstützung für die

¹² <https://www.facebook.com/dresden.stellt.sich.quer> (Stand: 28. August 2015)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Beschuldigten warb. Sie arbeitete u. a. mit der Dresdner Ortsgruppe des Vereins Rote Hilfe e. V. (RH) eng zusammen.

Das Themenfeld „Antirepression“ wird von Autonomen häufig mit dem Kampf um „Selbstbestimmte Freiräume“ verknüpft. In „Freiräumen“, wie etwa besetzte Häuser oder Jugendzentren, die dem staatlichen Zugriff entzogen sind und „selbstverwaltet“ werden, wollen sie ihre Vorstellungen von einem „besseren“ Leben umsetzen. Dort wird die für die politische Arbeit unerlässliche Infrastruktur bereitgestellt und der Informationsaustausch innerhalb der Szene unterstützt.

Solche „Freiräume“ – wie z. B. der von Autonomen so verstandene „Freiraum“ Leipzig-Connewitz – stellen für Autonome einen ersten Schritt zur Etablierung der von ihnen angestrebten „herrschaftsfreien“ Gesellschaft dar. Insofern werten sie dessen Einschränkung immer als einen Angriff, der sich gegen die Verwirklichung ihrer Zielsetzungen richtet.

Autonome beanspruchen eine Hegemonie in „ihrem“ Viertel, welche häufig in einer Ausgrenzung anderer mündet. Personen, deren Wertvorstellungen nicht mit den ihren übereinstimmen, werden deshalb als „konservativ und reaktionär“ abgelehnt. So wurde in der Dresdner Neustadt Ende 2015 ein Flyer verteilt, in dem eine namentlich genannte Person im Rollstuhl als „Faschistin“ denunziert wurde. Verbunden mit der Aufforderung „Wir dulden keine Faschos in unseren Vierteln!“ wurde dazu aufgerufen, „(...) ihr das Leben so unangenehm wie möglich“ zu machen.

Autonome reagieren in aller Regel zeitnah und aggressiv auf behördliche Maßnahmen, die sich gegen ihre sogenannten „Freiräume“ richten. Beispielsweise werden kommunale Baumaßnahmen mit Bezug zu den „Freiräumen“ als Angriff und somit als „staatliche Repression“ gewertet. Nicht selten kämpft die Szene gewalttätig gegen den tatsächlich oder vermeintlich drohenden Verlust solcher Räume.

Die Bedeutung dieses Themenfeldes spiegelte sich auch in der Art der diesbezüglichen Aktionen wider. So zielten im Berichtsjahr vor allem in Leipzig eine ganze Reihe von Gewalttaten auf Behörden des „Repressionsapparates“, wie Ausländerbehörde, Amtsgericht, Polizei oder in „repressive“ Abläufe eingebundene Unternehmen, wie Banken, ab (siehe Beitrag „Autonome in Leipzig“).

Im Rahmen des „Freiraumkampfes“ gewinnt auch das Thema „Gentrifizierung“ in der Szene weiter an Bedeutung. Als „Gentrifizierung“ gilt die soziale Umstrukturierung von Wohngebieten durch Sanierungsmaßnahmen – diese verbunden mit Mieterhöhungen und Zwangsräumungen – wodurch die betroffenen Gebiete häufig ihren Charakter als „Kiez“ verlieren. Vor allem in Ballungsräumen nutzen Linksextremisten dieses Thema, um die kritische Stimmung in Teilen der Bevölkerung für ihre Zwecke zu nutzen. Sie betrachten den Widerstand gegen die Gentrifizierung ebenfalls als „Kampf gegen das System“.

„Antikapitalismuskampf“

Auch sächsische Linksextremisten agierten im Zusammenhang mit den im Berichtsjahr bundesweit im Fokus stehenden Ereignissen in diesem Themenfeld:

- Eröffnung der Europäischen Zentralbank (EZB) am 18. März 2015 in Frankfurt am Main (Hessen) sowie
- G7-Gipfel am 7. und 8. Juni 2015 auf Schloss Elmau (Bayern) und die in diesem Zusammenhang stehenden Ereignisse.

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Mit einer Spontandemonstration am 26. März 2015 solidarisierten sich etwa 40 verummte Leipziger Linksextremisten mit einem bei den Ausschreitungen anlässlich der Eröffnung der Europäischen Zentralbank (EZB) am 18. März 2015 in Frankfurt am Main Festgenommenen. Sie zogen zur Staatsanwaltschaft Leipzig und beschmierten deren Fassade, zündeten Pyrotechnik und warfen Steine. In dem von Linksextremisten genutzten Internetportal „linksunten.indymedia.org“ wurde über die Aktion berichtet¹³. Dort hieß es, man werde auch weiterhin den „Staat und die anderen Stützen des Kapitalismus angreifen“. Der Aufruf endete mit „Feuer und Flamme für die Institutionen der deutschen Hegemonie!“

Ein wesentliches bundesweites Agitationsfeld von Linksextremisten sind die mit dem Themenfeld „Antikapitalismus“ verbundenen globalisierungskritischen Protestaktivitäten. Im Mittelpunkt der Kampagnenarbeit deutscher linksextremistischer Globalisierungskritiker stehen vorwiegend die Treffen der Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Industrienationen (G7/G8). Diese werden als Symbol eines unterstellten globalen Herrschaftsanspruchs angesehen. Die G7-Staaten werden verantwortlich gemacht für „neoliberale Wirtschaftspolitik, Krieg und Militarisierung, Ausbeutung, Armut und Hunger, Umweltzerstörung sowie Abschottung gegenüber Flüchtenden“¹⁴. Diese Auffassung dominiert wesentliche Aktions- und Handlungsfelder linksextremistischer Agitation.

Im Jahr 2015 richtete sich der Fokus vor allem auf den G7-Gipfel am 7. und 8. Juni auf Schloss Elmau (Bayern) und die in diesem Zusammenhang stehenden Ereignisse. Am Abend des 26. Mai 2015 und damit im unmittelbaren Vorfeld des G7-Treffens der Finanzminister und Notenbankgouverneure vom 27. bis 29. Mai 2015 in Dresden protestierten etwa 50 zum Teil verummte Personen im Rahmen einer unangemeldeten Demonstration. Sie liefen in der Dresdner Neustadt hinter einem Fronttransparent mit der Aufschrift „STOPG7“ und zündeten Feuerwerkskörper. Die Polizei nahm sieben Personen in Gewahrsam und ermittelte wegen Landfriedensbruchs, Widerstandes gegen Vollzugsbeamte und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz.

Im Zusammenhang mit dem G6-Treffen der Innenminister vom 1. bis 2. Juni 2015 in Moritzburg/Radebeul (Landkreis Meißen) kam es zu zwei kleinen Protestaktionen mit Beteiligung von Linksextremisten. In einem Fall ermittelte die Polizei wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, da der Aktionsort anlässlich des G6-Treffens zur Sicherheitszone mit Versammlungsverbot gehörte.

Vor allem Leipziger Autonome befassen sich seit geraumer Zeit mit dem Themenfeld „Antikapitalismus“. Dies trifft vor allem auf die in Leipzig ansässigen zwei maßgeblichen linksextremistischen Gruppen „Prisma“ und „the future is unwritten“ (tfiu) zu, die beide stark antikapitalistisch ausgerichtet sind.¹⁵

„Antimilitarismus“

Autonome sehen in der Bundeswehr eine Organisation zur Durchsetzung kapitalistischer Interessen im Ausland, die zur Erreichung ihrer Ziele vor Mord nicht zurückschrecke.

¹³ <https://linksunten.indymedia.org/>, Beitrag „[Le] #free fede – 40 Menschen ziehen vor die Staatsanwaltschaft“ (Stand: 27. März 2015)

¹⁴ Aufruf des „Stop G7“-Bündnisses anlässlich des G7-Gipfels am 7. und 8. Juni 2015 auf Schloss Elmau (Bayern)

¹⁵ Weitere Angaben siehe Beitrag „Autonome in Leipzig“ im vorliegenden Bericht

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Dementsprechend wird die Anwendung von zielgerichteter Gewalt als legitim angesehen. Jedoch wurde das Themenfeld „Antimilitarismus“ im Berichtsjahr von der sächsischen autonomen Szene nicht thematisiert.

Weitere Aktionsformen

Um ihre Ideologie und politischen Positionen zu vermitteln, nutzen Autonome neben der Gewaltanwendung ein vielfältiges Aktionsspektrum. Demonstrationen sowie Recherchetätigkeit und „Outing“-Aktivitäten zählen zu den weiteren wesentlichen Aktionsformen.

Demonstrationen

Bei dieser Aktionsform ist zwischen angemeldeten und unangemeldeten Demonstrationen zu unterscheiden.

Große und angemeldete Demonstrationen werden in der Regel in strategischen Bündnissen mit bürgerlichen Kräften geplant und durchgeführt. Meist ordnen sich Autonome in diesen Aufzügen weitgehend in das friedliche Demonstrationsverhalten zivilgesellschaftlicher Akteure ein. Straftaten begehen Autonome dann im zeitlichen und räumlichen Umfeld der Demonstrationen.

Dies geschah beispielsweise anlässlich einer angemeldeten Demonstration gegen einen Aufzug von „GIDA Regional“ am 29. Juni 2015 in Borna (Landkreis Leipzig). Unter den etwa 120 Teilnehmern waren auch Linksextremisten. Während des GIDA-Aufzuges versuchten Teilnehmer der „No-Legida-Demonstration“, deren Tribünenwagen zu stürmen. Im Anschluss an die Demonstration erfolgte in Leipzig ein tätlicher Angriff von mindestens drei verummten Personen auf zwei GIDA-Teilnehmer, die den Tribünenanhänger zur Verleih-Firma zurückbrachten.

Gewalttätige Aktionen werden nicht in direktem Zusammenhang mit Demonstrationen begangen, um zu vermeiden, dass sich Maßnahmen der Sicherheitsbehörden gegen die Demonstration richten und sich die friedlichen Teilnehmer entsprechend distanzieren. Ob es im Rahmen angemeldeter Demonstrationen zu Ausschreitungen kommt und wie groß der Spielraum dafür für Linksextremisten ist, hängt einerseits vom Kräfteverhältnis zur Polizei, andererseits aber auch von der Distanz oder Toleranz des bürgerlichen Spektrums gegenüber der Anwendung von Gewalt ab.

Im Gegensatz dazu entwickeln unangemeldete Demonstrationen eine hohe Eigendynamik, die häufig zu gewalttätigen Ausschreitungen führt. Vor allem solche Demonstrationen entsprechen dem Selbstverständnis Autonomer und werden häufig als Reaktion auf „repressive“ staatliche Maßnahmen durchgeführt.

Ein Beispiel hierfür war die erwähnte Spontandemonstration am 26. März 2015, mit der sich Leipziger Linksextremisten mit einem bei den Ausschreitungen anlässlich der Eröffnung der Europäischen Zentralbank (EZB) am 18. März 2015 in Frankfurt am Main (Hessen) festgenommenen italienischen Staatsbürger solidarisierten und in deren Verlauf es zu Straftaten kam.

Recherchetätigkeit und „Outing“-Aktivitäten

Die Recherche und das „Nazi-Outing“ sind eine Strategie, welche die autonome Antifa bereits seit Jahren anwendet. Bei der Recherche werden Informationen über tatsächliche

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

oder vermeintliche Rechtsextremisten gesammelt und ausgewertet. Beim anschließenden „Nazi-Outing“ publizieren Mitglieder der Antifa private und personenbezogene Informationen der betroffenen Personen, wie Name, Foto, Adresse, Autokennzeichen, Arbeitgeber oder Account-Daten zu sozialen Netzwerken. Die politischen Überzeugungen oder Handlungen jener Personen werden öffentlich publiziert. Dies geschieht entweder mittels Flugblättern, die in der privaten oder beruflichen Umgebung der Betroffenen verteilt werden, oder – mittlerweile sehr ausgeprägt – über entsprechende Verbreitung in Internetportalen. So will die Antifa die von ihr als „Nazis“ bezeichneten Personen in der Öffentlichkeit bloßstellen, um diese gesellschaftlich zu ächten und ihre berufliche Laufbahn zu beeinträchtigen. Andererseits legt die autonome Antifa mit ihren Veröffentlichungen die Grundlagen für „antifaschistische Selbsthilfe“, also für zielgerichtete Aktionen gegen die betroffenen Personen. Elementare Persönlichkeitsrechte werden diesen bereits aufgrund der ihnen unterstellten Gesinnung abgesprochen. Dabei werden Straftaten – auch Gewalttaten – zumindest in Kauf genommen.

Leipziger Autonome widmeten sich im Berichtsjahr der Recherchetätigkeit und dem „Nazi-Outing“. Sie veröffentlichten auf dem von Linksextremisten genutzten Internetportal „linksunten.indymedia.org“¹⁶ Handy-Daten, die sie vermutlich bei einem Überfall auf einen Rechtsextremisten und dessen Frau im März 2015 in Leipzig erbeutet hatten. Sie machten auch mit dieser Aktion ihre herausgehobene Stellung innerhalb der sächsischen autonomen Szene deutlich.

Im Mai 2015 wurden in Dresden Flyer festgestellt, mit denen Linksextremisten gezielt zum „Outing von Polizeibeamten“ aufriefen. Die im Format A6 gestalteten Flyer „GANZ DRESDEN HASST DIE POLIZEI“ enthielten neben linksextremistischer Symbolik und Texten zwei Bilder und Beschreibungen von Personen, bei denen es sich um Polizeibeamte handeln soll, deren Gesichter erkennbar waren. Mit „Zivibullen enttarnen! Repression beantworten!“ wird die linksextremistische Intention der Autoren hervorgehoben. Bereits am 20. November 2014 war auf dem Internetportal „linksunten.indymedia.org“ ein Artikel mit ähnlichem Inhalt unter dem Titel „[Dresden] Staatsschutz und Zivibullen enttarnen“ veröffentlicht worden. Im Gegensatz zum sogenannten „Nazi-Outing“ gehörte das „Outing von Polizeibeamten“ bisher kaum zum Repertoire sächsischer Linksextremisten. Dies belegt die zunehmende Bedeutung des Feindbildes Polizei.

Autonome in den Regionen

Der Linksextremismus im Freistaat Sachsen wird von der autonomen Szene dominiert. Sie stellt die größte Gruppe innerhalb der linksextremistischen Bestrebungen dar. Der nachfolgende Beitrag konzentriert sich deshalb ausschließlich auf die Darstellung der regionalen autonomen Szenen.

Angaben zu regionalen Strukturen und Aktivitäten anarchistischer Gruppierungen wie der anarchosyndikalistischen Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union – Internationale Arbeiter Assoziation (FAU-IAA) erfolgten bereits im Beitrag „Anarchistische Gruppierungen“¹⁷. Eine nähere Betrachtung der Parteien und Gruppierungen aus dem orthodoxen Bereich unterbleibt, da diese im Freistaat Sachsen ausschließlich marginale Bedeutung besitzen und nur in kleinen Ortsgruppen strukturiert sind.

Die autonome Szene stellt zwar die größte Strömung innerhalb des sächsischen Linksextremismus dar, weist allerdings hinsichtlich Qualität, Aktionsniveau und

¹⁶ <https://linksunten.indymedia.org/>, Beitrag „[LE] 161Boxing presents: Alexander Kurth“ (Stand: 11. Mai 2015) sowie ebenda, Beitrag „[LE] 161Boxing presents: Eine typisch sächsische Allianz“ (Stand: 18. Mai 2015)

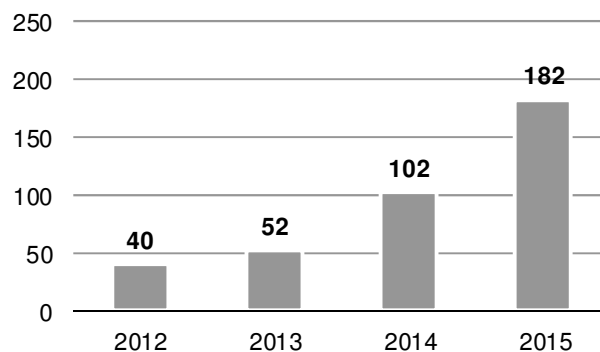
¹⁷ Vgl. Beitrag „Anarchistische Gruppierungen“ im vorliegenden Bericht

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Mobilisierungsfähigkeit deutliche regionale Unterschiede auf. Die Autonomen konzentrieren sich vorrangig in den Großstädten Leipzig und Dresden, wo sie dementsprechend die meisten Aktivitäten entfalten. In den anderen Regionen sind zwar vereinzelte Gruppen aktiv. Jedoch ist deren Eigenständigkeit von der Stärke und Präsenz der autonomen Szene in den beiden Großstädten und deren Vermögen abhängig, auf das Umland auszustrahlen und Gruppen aus dem ländlichen Raum in ihre Aktionen zu integrieren. Deshalb weisen die Aktionen hinsichtlich ihrer Quantität und Qualität in den einzelnen Orten beträchtliche Unterschiede auf, was wiederum Rückschlüsse auf die Beschaffenheit der örtlichen Szenen zulässt. Worin die Ursachen für diese Unterschiede bestehen und was diese Unterschiede ausmacht, soll im Folgenden näher erörtert werden.

Die Beteiligung an bzw. die Durchführung von Demonstrationen, Aufzügen und Gegenprotesten ist für die autonome Szene besonders wichtig. Im Berichtsjahr konnte sie ihr öffentliches Aktivitätsniveau weiter deutlich erhöhen. Mit 182 solcher Aktionen stieg diese Zahl gegenüber dem Vorjahr (102) um 78 % an. Damit wurde ein neuer Höchststand erreicht. Der abermalige hohe Anstieg im Berichtsjahr weist auf die Bedeutung hin, die diese Aktionsform für die Autonomen besitzt.

**Demonstrationen/Aufzüge/Gegenproteste
von oder mit Beteiligung von Linksextremisten
im Freistaat Sachsen**



Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Autonome in Leipzig

In Sachsen ist Leipzig die Schwerpunktregion der autonomen Szene. Sie ist gegenwärtig auch der Brennpunkt linksextremistischer Gewalt. Mit ca. 190 Personen gehörte im Berichtsjahr über die Hälfte der sächsischen Autonomen (in Sachsen gesamt: ca. 370 Personen) der Leipziger Szene an.

Leipzig entwickelte sich im Berichtsjahr zudem – mit quantitativem und qualitativem Abstand – neben Berlin und Hamburg zu einem weiteren Schwerpunkt linksextremistischer Gewalt in Deutschland. Im Dezember verlieh ein „Komitee der 1. Liga für Autonome“ den Leipziger Linksextremisten den Titel „Randalemeister 2015“¹⁸. Unter Verweis auf die „kontinuierlich“ verübten Straf- und Gewalttaten der „GenossInnen“ hätten Leipziger Linksextremisten das Ranking vor Frankfurt, Bremen, Hamburg und Berlin „gewonnen“. Die Entscheidung des „Komitees“ basierte auf den im Zeitraum Januar bis November 2015 verübten Anschlägen in Leipzig, die in einer Liste aufgeführt waren.

Die Entwicklung in Leipzig wurde im Berichtsjahr durch drei wesentliche Faktoren geprägt, die jeweils in engem Zusammenhang standen:

- durch einen deutlichen Anstieg des Aktionsniveaus,
- durch eine große Anzahl klandestiner (konspirativ vorbereiteter) Aktionen und die Änderung der Taktik bei Beteiligung an öffentlichen Protestaktionen,
- durch eine Welle militanter Anschläge auch unabhängig vom Demonstrationsgeschehen in Leipzig.

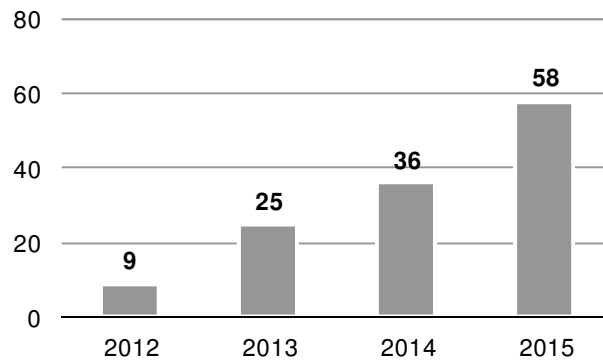
Aktionsniveau

Das im Berichtsjahr starke Aktionsniveau der Leipziger Autonomen war auf deren hohe personelle Stärke zurückzuführen. Dieses Aktionsniveau spiegelte sich in der Anzahl der Aktionen, an denen sich Autonome beteiligten, wider. Nachdem diese Zahl bereits in den Vorjahren deutlich angestiegen war, setzte sich dieser deutliche Trend im Jahr 2015 verstärkt fort. Mit 58 Aktionen ist gegenüber dem Vorjahr (36) eine Steigerung um ca. 61 % zu verzeichnen.

¹⁸ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 3. Dezember 2015)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Demonstrationen / Aufzüge / Gegenproteste von bzw. mit Beteiligung von Autonomen in Leipzig



Grund für diese Entwicklung ist die Beteiligung Autonomer an Protesten gegen Veranstaltungen der „Leipziger Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (LEGIDA) sowie der „Offensive für Deutschland“ (OfD) ab Januar 2015. Über den gesamten Berichtszeitraum hinweg hatte zudem das Thema „Antirassismus/Asyl“ einen hohen Stellenwert für die linksextremistische Szene. In diesem Zusammenhang sahen sich Leipziger Linksextremisten zu zahlreichen Aktionen gegen die als „repressiv“ verstandene Asylpolitik der Bundesrepublik veranlasst. Hier zeigte sich besonders, dass sie in der Lage waren, umgehend und flexibel auf aktuelle Entwicklungen und Ereignisse zu reagieren.

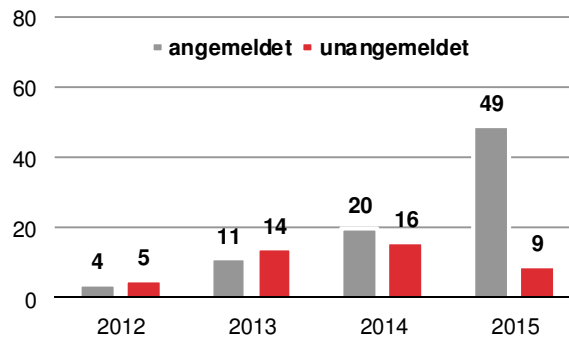
Unangemeldete und klandestine (konspirativ vorbereitete) Aktionen

Unangemeldete bzw. klandestine Aktionen haben eine hohe Bedeutung für die autonome Szene. Vor allem letztere können als wesentlicher Indikator dafür angesehen werden, inwieweit die Akteure in der Lage sind, kurzfristig für militante Aktionen zu mobilisieren. Im Gegensatz zu den Vorjahren griff die gewaltbereite linksextremistische Szene im Jahr 2015 verstärkt auf diese Aktionsform zurück. So fanden neben den 58 öffentlichen Aktionen in Leipzig weitere 22 klandestine Aktionen¹⁹ statt. Somit setzten die Akteure im Berichtsjahr taktisch vorrangig auf das Überraschungsmoment sowie auf die Verschleierung ihrer Identität. Zunehmend führten sie militante Anschläge durch, um extremistische Akzente in der Öffentlichkeit zu setzen. Zwar kam es auch in Regionen außerhalb Leipzigs zu solchen klandestinen Aktionen. Diese waren aber sowohl in Anzahl als auch in ihrer Intensität nicht mit jenen in Leipzig vergleichbar.

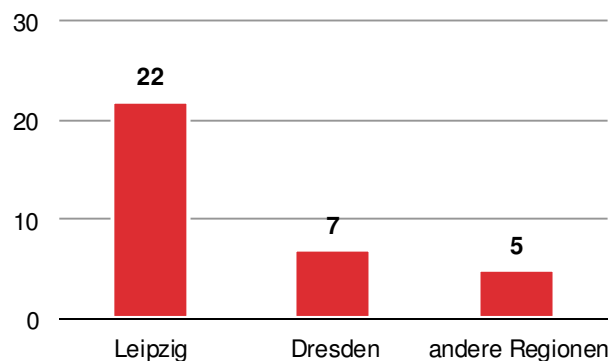
¹⁹ Bei diesen Aktionen handelt es sich um Vorfälle außerhalb vom engeren Veranstaltungsgeschehen. In dieser Zahl sind bedeutende Aktionen enthalten, bei denen es entweder zum Einsatz von Gewalt kam bzw. es sich um herausgehobene Zielobjekte handelte.

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Art der öffentlichen Veranstaltungen in Leipzig



Anzahl klandestiner (konspirativ vorbereiteter) Aktionen im Jahr 2015²⁰



Die Entwicklung der Gewaltaktionen

Die Entwicklung der Gewaltaktionen war im Jahr 2015 durch zwei Aktionsformen geprägt:

1. klandestine Aktionen unabhängig vom Demonstrationsgeschehen
Diese werden von einem kleinen, aber festen Personenkreis mit hohem Konspirationsgrad durchgeführt. Die Akteure sind überzeugt, dass dadurch politische Aufmerksamkeit erreicht sowie politischer Einfluss ausgeübt werden kann.
2. Gewaltaktionen im Zusammenhang mit Protestaktionen gegen LEGIDA und die OfD.

Als eine entscheidende Zäsur für die Zunahme gewalttätiger Aktionen unabhängig vom Demonstrationsgeschehen gilt der Aufruf „Leipzig: Ein Aufruf zur Gewalt – gegen jene, die diese gewalttätige Welt wollen“²¹ vom 17. Dezember 2014. Die wesentliche Wirkung dieses Aufrufs bestand darin, dass sich die Zielrichtungen der Gewalttaten auffächerten. Die darin formulierten Angriffsziele umfassten Unternehmen, Parteien und Einrichtungen der Exekutive. Darunter befanden sich Büros der Parteien von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU, Arbeitsämter, Banken, Versicherungen, Polizeireviere, Gerichtsvollzieher, das Amtsgericht, Städtebau- und Immobilienfirmen sowie weitere Unternehmen. Der Umfang der

²⁰ Siehe voranstehende Fußnote, Beispiele für Aktionen in Dresden bzw. anderen Regionen des Freistaates Sachsen siehe Beiträge „Autonome in Dresden“ sowie „Autonome außerhalb der Städte Leipzig und Dresden“ im vorliegenden Bericht

²¹ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 18. Dezember 2014)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Ziele zeigt, dass sich der Aufruf gegen den demokratischen Rechtsstaat als solchen richtete. Auch natürliche Personen wurden als Angriffsziele aufgelistet. Zwar gab es auch innerhalb der Szene Kritik an diesem Positionspapier. Diese richtete sich jedoch lediglich gegen die Veröffentlichung der Angriffsziele und war somit rein taktischer Natur. Über die Anwendung der Gewalt als Mittel der Politik herrscht dagegen Konsens.

Die Wirkung, die dieser Aufruf auf die Richtung der Gewalt in Leipzig hatte, zeigte sich daran, dass zwischen Januar und Dezember 2015 allein 27 Aktionen gegen Institutionen und Einrichtungen des demokratischen Rechtsstaats durchgeführt wurden, die im Zusammenhang mit diesem Gewaltaufruf standen.

Exemplarisch dafür standen folgende Aktionen:

- Am 7. Januar 2015 war der Polizeiposten im Stadtteil Connewitz direktes Ziel von etwa 50 vermummten und schwarz gekleideten Personen. Sie warfen Steine, Flaschen, Feuerwerkskörper und Farbbeutel gegen den Frontbereich des Gebäudes. Dabei wurden alle Fensterscheiben und die Fassade erheblich beschädigt. Zeitgleich erfolgte ein Angriff an der Rückseite der Dienststelle. Nachdem die Angreifer den Zaun mit Steighilfen überwunden hatten, warfen sie eine Scheibe an einem auf dem Hinterhof abgestellten Funkstreifenwagen ein und setzten das Innere des Fahrzeugs in Brand. Außerdem wurden auch hier Fensterscheiben des Polizeipostens beschädigt. Vor ihrer Flucht legten die Angreifer auf der Straße sogenannte „Krähenfüße“ aus. Dadurch wurden die Reifen anrückender Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr und Polizei zerstört.
- Am 15. Januar 2015 demonstrierten in der Leipziger Innenstadt unangemeldet etwa 600 bis 800 Personen, die teilweise schwarz gekleidet und vermummt waren. Die Demonstranten hinterließen in der Stadt eine Spur der Verwüstung. Sie griffen Polizeibeamte und Polizeifahrzeuge mit Steinwürfen an, zündeten Pyrotechnik, beschädigten Verkehrszeichen und Fahrzeuge. Außerdem brachten sie Graffiti an öffentlichen Gebäuden an und warfen am Amtsgericht 40 Fensterscheiben ein.
- Am 24. April 2015 beschädigten zehn vermummte Personen die Verglasung der Ausländerbehörde in Leipzig.
- Am 5. Juni 2015 zogen fast 100 teilweise vermummte Personen randalierend durch das Stadtgebiet Leipzig. Sie errichteten und entzündeten Barrikaden aus Autoreifen, zündeten Pyrotechnik, warfen Nebelbomben, Farbbeutel und über 200 Pflastersteine. Außerdem streuten sie sogenannte „Krähenfüße“ auf die Straße, was zu Schäden an Polizeifahrzeugen und unbeteiligten Kfz führte. Eintreffende Polizeibeamte wurden mit Wurfgeschossen angegriffen. Am Gebäude des Bundesverwaltungsgerichts warfen sie mehrere Scheiben ein. In den abgesperrten Sicherheitsbereich des US-amerikanischen Konsulats warfen die Personen Farbbomben in Richtung des Wachpersonals. Die Personen führten ein Transparent mit der Aufschrift: „TROIKA, G7, FRONTX, LEIPZIG, DEUTSCHLAND; ES KOTZT UNS AN! DER AUFSTAND WIRD KOMMEN!“ mit sich.
- In der Nacht zum 6. August 2015 verübten Linksextremisten in Leipzig mehrere Straftaten. Der erste Angriff richtete sich gegen eine Chemiefirma, deren damalige Geschäftsführerin die Bundesvorsitzende der nichtextremistischen Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) war. Die Täter verwüsteten die Firmenräume, zerstörten Fensterscheiben und verschütteten Buttersäure. Dieser Anschlag ist in engem Zusammenhang mit der Asylpolitik der AfD und dem Themenfeld „Antirassismus“ zu sehen.
Außerdem wurden an einem in unmittelbarer Nähe geparkten Firmenwagen einer privaten Sicherheitsfirma Scheiben eingeschlagen und der Innenraum mit Buttersäure verunreinigt.

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Das Fahrzeug wurde gezielt gewählt, da dieser Dienstleister die Aufgabe hatte, „Gentrifizierungsmaßnahmen“ in Stadtvierteln abzusichern. Insofern zählte er für die Antifa zu jenen Firmen, die in „repressive Abläufe“ eingebunden sind. Die Sicherheitsfirma war bereits am 21. Dezember 2014 Ziel eines Angriffs gewesen.

Ein weiterer Angriff erfolgte ebenfalls in der Nacht zum 6. August 2015 und stand im Zusammenhang mit dem Themenfeld „Antirepression“. Unbekannte Täter warfen Steine gegen die Eingangstür des Polizeipostens in der Eisenbahnstraße. Außerdem zerstörten sie sämtliche Scheiben eines gegenüber geparkten Funkwagens und setzten das Fahrzeug in Brand. Das Fahrzeug brannte vollständig aus.

- Im Dezember 2015 fanden massive Aktionen gegen den politischen Gegner statt. So griffen unbekannte Täter am 9. Dezember den stellvertretenden Kreisvorsitzenden der rechtsextremistischen NPD in seinem Ladengeschäft in Leipzig tötlich an. Dem Geschädigten wurde eine Kopfverletzung zugefügt. Zu dem Angriff wurden unter dem Titel „[LE] Action speaks louder than words“²² noch am selben Tag ein Selbstbeziehungsschreiben sowie Bilder veröffentlicht, die die Täter bei dem Angriff fertigten.

Bei einem weiteren Angriff am 12. Dezember 2015 gegen einen anderen politischen Gegner, der für den gleichen Tag eine Demonstration in Leipzig angemeldet hatte, drangen Unbekannte in die Wohnung des Geschädigten ein und zerstörten die Einrichtung.

Bekennerschreiben und Positionspapiere zu den Gewaltaktionen

Die militanten und klandestinen Aktionen wurden von einer ganzen Reihe Bekennerschreiben und Positionspapieren flankiert. Darin werden die Gründe für Anschläge auf Institutionen des demokratischen Rechtsstaates erklärt. Es geht dabei vor allem um eine Vermittlung nach außen, um auch außerhalb der Kernszene weiterhin Akzeptanz zu finden. Solche Aktionen brauchen – so die Autoren der Erklärung „[LE] Äußerungen zu den Krawallen am 5. Juni“

„(...) eine nachvollziehbare Politisierung um eine positive Wahrnehmung der Aktion zu begünstigen. Solange dies nicht geschieht, macht es für Außenstehende keinen Unterschied, ob sich Menschen aufgrund einer Niederlage des eigenen Fußballteams oder für die Lebensbedingungen von Hartz IV Empfänger_innen mit der Polizei prügeln“²³.

Die Vermittlung und Erklärung gewaltsamer Aktionen besitzt auch eine strategische Funktion. Es sollen Bündnispartner gewonnen und für Akzeptanz durch Unterstützer außerhalb der eigenen Klientel geworben werden, um so eine Radikalisierung der Gesellschaft zu erreichen. So heißt es dazu an anderer Stelle:

„Natürlich braucht es zur Veränderung der Gesellschaft Militanz, doch diese muss gesellschaftliche Unterstützung erfahren.“²⁴

Den Angriff auf das Polizeirevier am 7. Januar 2015 begründeten die Protagonisten in einem Bekennerschreiben unter dem Titel „[LE] Angriff auf Polizeiposten“ mit dem Todestag des

²² <https://linksunten.indymedia.org/de> (Stand: 10. Dezember 2015). Am 30. Dezember 2015 trat der Geschädigte von seinem Amt als stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD in Leipzig zurück, außerdem gab er seinen Austritt aus der NPD bekannt.

²³ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 18. Juni 2015), Schreibweise wie im Original

²⁴ Ebenda

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Asylbewerbers Oury Jalloh, der in Sachsen-Anhalt in einem Dessauer Polizeirevier zu Tode kam. Im Tatbekenntnis wurden auch Angriffe auf Polizisten gebilligt, wenn diese nicht im Dienst seien. Dort hieß es:

„Auch wenn du deine Uniform ablegst, so bleibst du immer noch das gleiche Schwein von Mensch und wirst weiterhin Ziel unserer Interventionen sein wann immer wir wollen.“²⁵

Diese Art der Diffamierung der Polizei zeigt, dass sich die Autoren in ihrer Begründung sehr stark an der Argumentation der terroristischen „Roten Armee Fraktion“ (RAF) orientierten. Im konkreten Fall wurde auf ein Zitat von Ulrike Meinhof, einem Gründungsmitglied und Führungsperson der RAF, zurückgegriffen, die geäußert hatte:

„(...) wir sagen, natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in der Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir uns mit ihm auseinanderzusetzen. Das heißt, wir haben nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden.“²⁶

Auch in einem Bekennerschreiben unter dem Titel „[LE] der Weg der Gewalt“ zur Spontandemonstration am 15. Januar 2015 wurde deutlich, dass der Tod eines Asylbewerbers in Dresden lediglich als Vorwand für eine Aktion dienen sollte und nicht das Thema Asyl, sondern das Themenfeld „Antirepression“ thematisiert wurde. Das spiegelte sich auch deutlich in den Handlungen wider, die sich u. a. gegen das Amtsgericht und die Polizei richteten. Es wurde argumentiert, dass

- „Bullen ein legitimes Ziel“ sind, da sie u. a. für den Tod mehrerer Asylbewerber verantwortlich gewesen seien, Flüchtlinge an der Einreise nach Europa hindern würden und „auch in Form des Geheimdienstes (...) am Aufbau mehrere(r) Naziorganisationen beteiligt“²⁷ gewesen seien,
- die Scheiben einer Bank aufgrund ihrer Investitionen u. a. in „Knäste“ und verschiedene militärische Objekte (Drohnen, Kampfpanzer) zerstört wurden,
- das Amtsgericht als „Zeichen militanter Solidarität“ angegriffen worden sei, da „(...) nach Aktionen gegen Nazis, ob friedlich (mit Sitzblockaden) oder militant“, von diesem Ort Repressionen ausgingen,
- ein Friseursalon angegriffen worden sei, da der Inhaber Mitglied der nichtextremistischen Partei AfD sei.

Zu der Aktion am 5. Juni 2015 wurden mehrere Positionspapiere bzw. Stellungnahmen in dem von Linksextremisten genutzten Internetportal „linksunten.indymedia.org“ veröffentlicht. So stellten Linksextremisten unter dem Titel „[LE] Krawalle im Stadtzentrum“ ein Bekennerschreiben ein. Darin wird die Aktion ideologisch mit dem „antikapitalistischen/antiimperialistischen“ Widerstand begründet. Es hieß:

„Solange die bestehende Ordnung auf Ausbeutung und Konkurrenz basiert, sich die konkurrierenden Zwangskollektive militärisch nach außen abschirmen und mittels nationalistischer Agitation nach innen konsolidieren, braucht es keinen Anlass, die Verhältnisse in Frage zu stellen.“²⁸

²⁵ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 8. Januar 2015), Schreibweise wie im Original

²⁶ Der Spiegel Nr. 25, 1970, S.74, Artikel „Natürlich kann geschossen werden.“, Schreibweise wie im Original

²⁷ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 19. Januar 2015)

²⁸ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 12. Juni 2015)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Bemerkenswert ist hier die wiederholte Verwendung von typischen Termini und Argumentationsmustern der linksterroristischen „Roten Armee Fraktion“ (RAF). So wird festgestellt: „Mehrere Schweine wurden verletzt, 3 ihrer Fahrzeuge zerstört.“

Ein weiteres Strategiepapier wurde unter dem Titel „[LE] Äußerungen zu den Krawallen am 5. Juni“ veröffentlicht. Diesem ist ein grundsätzlicher Konsens mit dem Bekennerschreiben und anderen Positionspapieren zu entnehmen; es ging aber über diese deutlich hinaus. So zielten die Verfasser in der Erklärung nunmehr darauf ab, das Funktionieren von Teilen des Staates zu beeinträchtigen. Deshalb äußern die Autoren:

„Wir glauben, dass gezielte und klandestine Angriffe wie das (technische) Lahmlegen der Ausländerbehörde oder das (massenhafte) Sabotieren wichtiger Infrastrukturen zielführender ist.“²⁹

Vor allem mit Beeinträchtigung einzelner Teile des Staates, griff man inhaltlich auf das Konzept der „Stadtguerilla“ zurück, wie es durch Ulrike Meinhof in den 1970er Jahren formuliert worden war. In der Kampfschrift „Konzept Stadtguerilla“ der RAF hatte es u. a. geheißen:

„Stadtguerilla zielt darauf ab, den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen, (...)“³⁰

Zum oben erwähnten Anschlag auf die Chemiefirma, bekannte sich unter der Überschrift „[LE] Angriff auf Unternehmen von Frauke Petry (AfD)“ ein „Auftragskommando Bernd Lucke oder besser – einige Autonome“. Man wolle auf die sich „drastisch zuspitzende rassistische Stimmung in Deutschland aufmerksam machen“. Verantwortlich dafür seien unter anderem die AfD und besonders Frauke Petry gewesen, da „mit der Wahl Petrys und dem Verschwinden Luckes (...) mit einer weiteren Verschärfung der rassistischen Stimmungsmache innerhalb der Partei zu rechnen [ist]“. Die Räumlichkeiten des Unternehmens von Frauke Petry habe man bewusst ausgewählt, um „sie ganz direkt zur Verantwortung zu ziehen und um ihren wirtschaftlichen Rückzugsraum zu sabotieren“.³¹

Sowohl die Aktionen als auch die Bekennerschreiben und Positionspapiere zeigten einmal mehr, dass für die autonome Szene in Leipzig die Gewalt ein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung darstellt. Zwar werden einige Aktionen innerhalb der Szene zum Teil kontrovers diskutiert. Es zeigte sich jedoch, dass die Aktionen allenfalls aus strategischen Gesichtspunkten abgelehnt wurden, die Anwendung von Gewalt aber keinesfalls in Frage gestellt wird, sondern darüber Konsens herrscht. Vor allem die Einigkeit in dieser Frage, weist auf eine zunehmende Radikalisierung der Leipziger Antifa hin.

Angemeldete Aktionen gegen Demonstrationen von LEGIDA und der OfD

Angemeldete Aktionen setzen eine personelle Stärke und ein hohes Mobilisierungspotenzial der linksextremistischen Szene in Leipzig voraus.

Durch einen Wechsel der Taktik lassen sich zwei Zeitabschnitte ausmachen.

²⁹ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 18. Juni 2015)

³⁰ www.socialhistoryportal.org/sites/default/files/raf/0019710501_7.pdf, ohne Seitenangabe

³¹ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 6. August 2015), Schreibweise wie im Original

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

1. Abschnitt: 12. bis 21. Januar 2015

Bei den Gegenprotesten am 12. Januar 2015 bestand das strategische Konzept darin, sich an den Demonstrationen des zivilgesellschaftlichen Spektrums zu beteiligen. Hiervon ausgehend sollte der Aufzug von LEGIDA blockiert und angegriffen werden. So mobilisierte die linksextremistische Szene insbesondere zur Teilnahme an der Demonstration „Refugees Welcome! Gegen jeden Rassismus!“ des nichtextremistischen Bündnisses „Rassismus tötet! Leipzig“.

Dass das Ziel der Linksextremisten darin bestand, die LEGIDA-Demonstranten anzugreifen, zeigte sich in einem Mobilisierungsvideo. Darin wurden symbolisch Gegenstände und Devotionalien des politischen Gegners verbrannt. Abschließend wurde dazu aufgerufen: „Am 12. Januar Legida & sonstige Rassisten angreifen! Leipzig bleibt rot.“

An strategisch wichtigen Stellen führten etwa 100 Autonome Sitzblockaden durch, errichteten Barrikaden und entzündeten diese. Der LEGIDA-Aufzug konnte allerdings nicht gestoppt werden. Die Ursache dafür sahen Linksextremisten in der großen Teilnehmerzahl der bürgerlichen Gegendemonstranten. Dadurch sei die Antifa zu unbeweglich und damit nicht flexibel genug gewesen. Deshalb wolle man sich künftig nicht mehr an den zivilgesellschaftlichen Demonstrationen beteiligen, sondern unabhängig von diesen agieren.

Unter diesem Gesichtspunkt erfolgte schließlich ein Strategiewechsel. Dabei wurde deutlich, dass die Gewalt als „legales Mittel autonomer Politik“ durch Militanz ersetzt werden sollte. Denn hieraus leitet die Szene ihre strategische Grundposition ab („Lieber militante Experimente als rassistische Katastrophen.“³²). Als strategische Schlussfolgerung wurde erkennbar, dass die Autoren Protestformen jenseits des legalen gesetzlichen Rahmens favorisierten. Dies wurde in folgenden Grundaussagen deutlich:

- Handlungsspielräume, die Protest benötigen, müssen erkämpft werden und
- politischer Widerstand muss sich außerhalb versammlungsrechtlicher Bahnen bewegen.

2. Abschnitt: Ende Januar bis Dezember 2015

Dieser Abschnitt war von einer konsequenten Anwendung des dezentralen Konzeptes und der Kleingruppentaktik geprägt.

Das zeigte sich bereits am 21. und 30. Januar 2015. Schon im Vorfeld waren Brandanschläge auf Bahnstrecken offenbar mit dem Ziel erfolgt, die Anreise von LEGIDA-Demonstranten zu verhindern. In der gesamten Innenstadt kam es zu Landfriedensbrüchen und Sachbeschädigungen. Linksextremisten versuchten mehrfach, in Kleingruppentaktik die Absperrungen zum LEGIDA-Aufzug zu durchbrechen. Sie bewarfen LEGIDA-Demonstranten und Polizisten u. a. mit Flaschen und Böllern und blockierten die Aufzugsstrecke. Teilweise agierten die LEGIDA-Gegner auch aggressiv gegen Polizisten. So warfen etwa 300 Gegendemonstranten Farbbeutel auf die Einsatzbeamten und auf Polizeifahrzeuge und versuchten, Polizeiabsperrungen zu überwinden. Andere Gegendemonstranten störten LEGIDA-Redner mit Laser-Pointern, konnten jedoch die Durchführung der LEGIDA-Veranstaltungen aufgrund der hohen Polizeipräsenz nicht verhindern.

Es kam hier insofern eine neue Taktik zum Ausdruck als auf Gewalt im gesamten Innenstadtbereich gesetzt, die Stadt Leipzig als Gegner angesehen und deutlicher als zuvor

³² <https://linksunten.indymedia.org/de> (Stand: 26. Januar 2015)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

die Polizei als Gegner genannt wurde. So hieß es beispielsweise im Vorfeld der Gegenaktionen zum LEGIDA-Aufzug am 20. April 2015 unter der Überschrift „Leipzig: ES RICHTIG KRACHEN LASSEN!“:

*„Es ist an der Zeit, zurück zu schlagen! (...) Gebt der Stadt und den Cops die Quittung für die letzten Wochen. **LASST ES KRACHEN UND KNALLEN!** (...) Gehen wir die Cops an! Machen wir die City platt!“³³ (Hervorhebung im Original).*

Die Akteure versuchten, die im Aufruf formulierten Ziele umzusetzen. Sie versuchten, die Aufzugsstrecke zu blockieren und griffen LEGIDA-Demonstranten und Polizisten mit Steinen und Böllern an.

Diese Kleingruppentaktik wurde von Leipziger Linksextremisten auch am 26. September 2015 bei Protesten gegen einen Aufzug der OeD angewendet. So veröffentlichten sie bereits im Vorfeld Positionspapiere, in denen strategische Empfehlungen gegeben wurden, deren Ziel darin bestand, den Aufzug zu verhindern. Eines der Papiere regte die Durchführung dezentraler Aktionen an. Diese Aktionen sollten unabhängig von den Gegendemonstrationen der nichtextremistischen Bündnisse durchgeführt werden. So hieß es dazu:

„Der Verlass auf andere darf nicht zu untätigen Warten auf Momente des Aufbegehrens einladen, sondern muss vielmehr Impuls zu eigener Aktivität sein.“ Deshalb – so die Schlussfolgerung: *„Wohlweislich vollführtes Chaos lässt Bullenstrategien durchkreuzen, sorgt für allerlei Handlungsspielraum und Schaffung neuer Beziehungen.“* Der Aufruf endet mit *„Sich finden – Organisieren – Krawall.“³⁴*

Bereits zu Beginn der OeD-Demonstration zeigte sich, dass die Akteure versuchten, die strategischen Hinweise der Positionspapiere umzusetzen und sie bemüht waren, den Aufzug zu verhindern. So behinderten sie schon den Zugang der OeD-Demonstranten zum Treffpunkt mit einer Sitzblockade. Während des Aufzuges agierten die Gegendemonstranten sehr aggressiv, fortlaufend kam es zu zahlreichen Stein- und Flaschenwürfen auf den Demonstrationszug und auf die Polizeibeamten.

Als Reaktion auf die Ausschreitungen verfassten Angehörige der Szene im Nachgang zwei Positionspapiere, in denen ein Resümee gezogen und Schlussfolgerungen abgeleitet wurden.

In dem Positionspapier „[LE] Anmerkungen zu einem halbschönen 26.09. und autoritäre Linke/Couragierte“³⁵ stellten die Autoren fest, dass zwar Steine, Flaschen und Böller in Richtung der Polizei flogen und „auch ein paar Bullen einige Steine fressen“ mussten, es aber nur ein „kurzer Spaß“ gewesen sei. Hauptsächlicher Kritikpunkt der Verfasser war aber die „massive Entsolidarisierung aus dem vermeintlich eigenen Lager“. Die Autoren thematisierten eine offensichtlich sich verstärkende Distanzierung des bürgerlichen Lagers gegenüber der gewaltbereiten Antifa. Auf Grundlage ihrer Lagebewertung zogen die Verfasser die Schlussfolgerung, dass über die Wahl der Mittel gegen weitere „faschistische Aufmärsche“ in Leipzig jeder selbst entscheiden müsse, wobei alle Aktionsformen erlaubt seien.

³³ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 20. April 2015)

³⁴ <https://linksunten.indymedia.org/de> (Stand: 14. September 20015), Schreibweise wie im

Original

³⁵ <https://linksunten.indymedia.org/de> (Stand: 28. September 2015)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

In einem Kommentar wird in diesem Zusammenhang eine noch stärkere Militanz gefordert. So wird festgestellt:

„Wären mehr Steine in den letzten Monaten geflogen, mehr von Legida im Krankenhaus, würde Angst die Fahrt bei den Faschos begleiten wenn sie in den Raum Leipzig fahren, dann wären wir wieder einen Schritt weiter.“³⁶

Autonome setzen taktisch auf die Verursachung eines hohen Sachschadens

Zunehmend wurde taktisch die Verursachung eines hohen Sachschadens zur Diskussion gestellt. Mit dieser Variante sollten die Leipziger Behörden zum Handeln gezwungen und ein Verbandsverbot erreicht werden, um die LEGIDA-Aufmärsche zu verhindern. So hieß es in dem Positionspapier „[LE] Anmerkungen zu einem halbschönen 26.09. und autoritäre Linke/Couragierte“:

„Treiben wir den Sachschaden in der Stadt hoch! 250.000 pro Legida Demo und die Märsche sind in drei Wochen Geschichte, versprochen.“³⁷

Dass dies nicht nur eine taktische Option war, sondern auch umgesetzt wurde, zeigte sich besonders am 12. Dezember 2015, als es im Zusammenhang mit einer Demonstration von Rechtsextremisten zu massiven Ausschreitungen von Linksextremisten kam, an denen sich auch Linksextremisten aus dem Bundesgebiet beteiligten.

Bereits im Vorfeld des Aufzugs verübten mutmaßlich Linksextremisten einen Anschlag. So wurden am frühen Vormittag – offenbar mit dem Ziel, die Anreise des politischen Gegners zu behindern – S-Bahn-Kabelschächte nahe der Haltepunkte Connewitz und Plagwitz in Brand gesetzt.

Beim Verlauf der Aktionen muss zwischen den offiziell angemeldeten Demonstrationen und den Aktivitäten des militanten autonomen Kleingruppenspektrums differenziert werden. Denn Ziel und Verlauf der Aktivitäten unterschieden sich gravierend voneinander. Abgesehen von einer Blockadeaktion von etwa 30 Personen auf der Aufzugsstrecke, brachte die Mehrheit der Demonstranten ihren Protest friedlich zum Ausdruck. Aus den zahlreichen angemeldeten Gegendemonstrationen heraus wurden keine Gewalttaten verübt. Das Ziel bestand darin, deutlich gegen Rechtsextremisten vorzugehen. Allerdings nutzten Gewalttäter diese Veranstaltungen, um immer wieder in der Menge der friedlichen Protestteilnehmer unterzutauchen.

So nahmen zahlreiche Linksextremisten die konsequente Trennung der gegnerischen Lager offenbar zum Anlass, gewalttätig gegen Polizei, Banken und die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) zu agieren. So erfolgten die massiven Ausschreitungen weitab des Aufzugs der Rechtsextremisten. Den Akteuren ging es nicht um Protest gegen Rechtsextremismus. Das Ziel bestand in der Verursachung eines hohen Sachschadens, in der Absicht, dass deswegen künftig Demonstrationen des politischen Gegners verboten werden würden. Dies zeigte sich daran, dass das Kleingruppenspektrum weitab der rechtsextremistischen Demonstration agierte. Etwa 1.000 verummte Personen versammelten sich im Bereich der Innenstadt und bewarfen Polizeibeamte und -fahrzeuge mit Steinen. Diese schwarz gekleideten und verummten Personen bewegten sich anschließend in größeren Gruppen, zum Teil aber auch in Kleingruppen, weiter stadtauswärts und hinterließen eine Schneise der

³⁶ Ebenda, Kommentar des Beitrages, Schreibweise wie im Original

³⁷ Ebenda; damit wird auf eine Taktik zurückgegriffen, die bereits bei den Aktionen gegen die Demonstrationen des Rechtsextremisten Christian Worch in den Jahren 2001 und 2002 in Leipzig angewendet wurde

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Verwüstung. Auf dem Weg wurden Mülltonnen auf der Straße entzündet, Haltestellen und Fenster von Geschäften und Kreditinstituten eingeworfen sowie Fahrzeuge beschädigt. Im Bereich des Connewitzer Kreuzes zerschlugen etwa 100 bis 130 Linksextremisten zahlreiche Schaufensterscheiben verschiedener Geschäfte. Besonders betroffen waren Gebäude von Kreditinstituten.

Dass die Verursachung eines hohen Sachschadens ein wesentlicher Bestandteil ihrer Taktik ist, zeigte sich auch in einer Nachbetrachtung der Ereignisse unter dem Titel „Leipzig: Neonaziaufmarsch in Connewitz bleibt Illusion“. So äußerte sich ein Kommentator wie folgt:

„Ich bin derart begeistert wie lange nicht. (...) Dennoch habe ich das Gefühl, dass auf direkte Konfrontation mit dem Bullenvolk (...) zurückhaltend und zögerlich reagiert wird. Wieso? (...) Lasst uns sämtliche Naziaufmärsche richtig verdammt scheiße-teuer machen!!! (...) Lasst uns die Schweine einfach nur platt machen!!!“³⁸

Mit diesem Vorgehen verfolgten die Linksextremisten zwei Absichten: Zum einen richteten sich die Aktionen gegen die Polizei als Institution des demokratischen Rechtsstaates, zum anderen wurden dem politischen Gegner das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Demonstrationsrecht abgesprochen.

Bei der Aktion am 12. Dezember 2015 wurde die von den Linksextremisten verfolgte Strategie deutlich. Man beteiligte sich nicht am bürgerlichen Protest, sondern agierte in Kleingruppen. Allerdings nutzten Linksextremisten diese nichtextremistischen Versammlungen als Rückzugsort, um in der Menge der friedlichen Demonstranten unterzutauchen und diese als sogenannte „Deckungsmasse“ zu missbrauchen.

Aktionen zur Thematik „Flüchtlinge und Asyl“

Darüber hinaus war das Themenfeld „Flüchtlinge/Asyl“ ein Schwerpunkt linksextremistischer Aktivitäten in Leipzig.

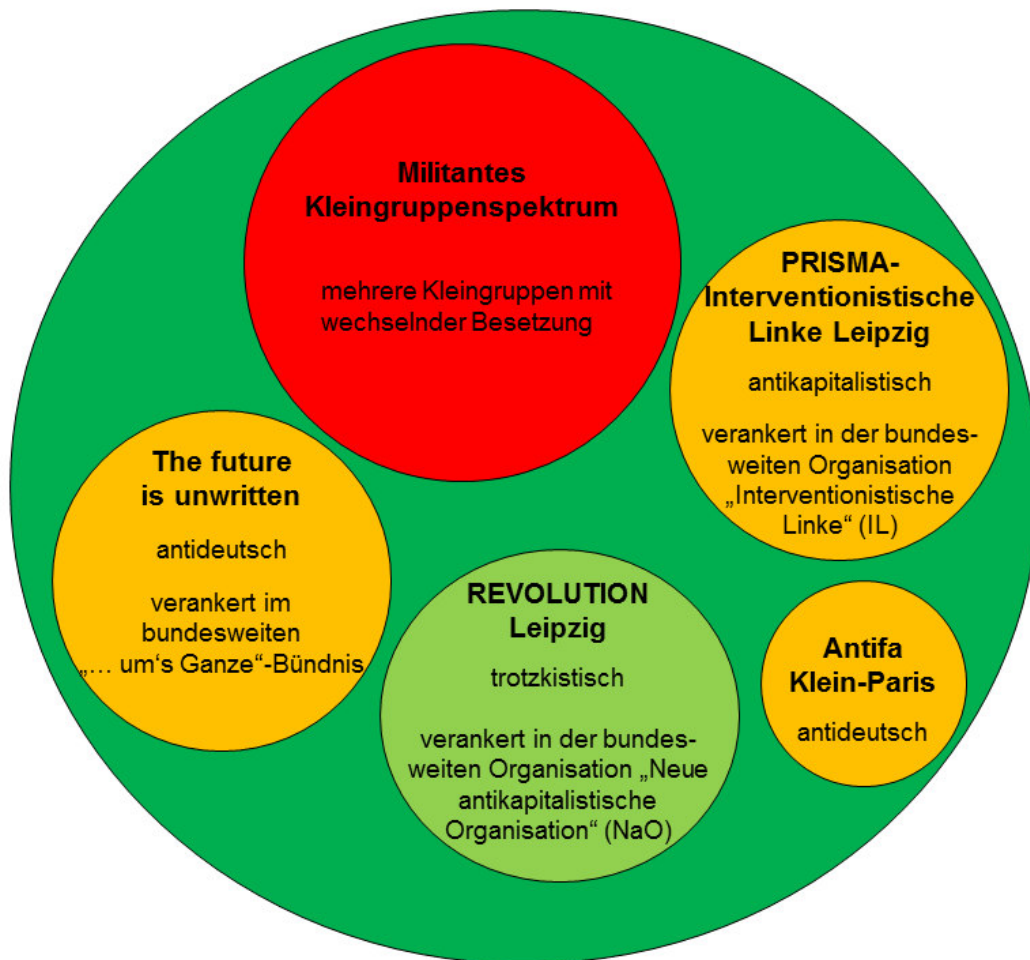
Neue Tendenz in der strukturellen Entwicklung der linksextremistischen Szene in Leipzig

Im Berichtszeitraum konturierten sich die Strukturen der Leipziger linksextremistischen Szene stärker als in den vorangegangenen Jahren. Neben dem militanten Kleingruppenspektrum traten im Jahr 2015 weitere Gruppen öffentlich auf.

³⁸

<https://linksunten.indymedia.org/de> (Stand: 14. Dezember 2015), Schreibweise wie im Original

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“



Die Gruppe PRISMA gehört der „Interventionistischen Linken“ (IL) an. Die IL ist ein bundesweites Netzwerk, dem auch linksextremistische Gruppierungen angehören. Sie fungiert als Scharnier zu nicht gewaltorientierten Linksextremisten und in Einzelfällen auch zu nichtextremistischen Gruppen und Initiativen. Die Einstellung zur Gewalt ist bei der IL taktisch geprägt. Gewalt wird nicht grundsätzlich abgelehnt. Das Ziel der Gruppe PRISMA besteht in einer

„(...) radikalen Linken, die auf den revolutionären Bruch mit dem nationalen und dem globalen Kapitalismus, mit der Macht des bürgerlichen Staates (...) orientiert. Kurz: Wir wollen eine neue, radikale gesellschaftliche Linke, die um politische Hegemonie ringt und Gegenmacht organisiert.“³⁹

Darüber hinaus stellt die Gruppe auch den demokratischen Rechtsstaat in Frage. In einer Nachbetrachtung zu den Ausschreitungen in Leipzig-Connewitz am 11. Januar 2016 heißt es:

³⁹ <http://prisma.blogspot.de> (Stand: 20. Januar 2016)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

„Auf das Treiben der Staatsapparate ist kein Verlass. Gegen den rechten Straßenterror hilft nur ein gesellschaftlicher Antifaschismus – Von der Kerze über die Sitzblockade bis zum militanten Selbstschutz.“⁴⁰

Die Gruppe „the future is unwritten“ ist in dem bundesweiten Netzwerk „... ums Ganze Bündnis“ involviert. Diese Gruppe trat erstmals im Zusammenhang mit dem 12. Dezember 2015 eigenständig in der Öffentlichkeit auf. So mobilisierte sie, wie andere linksextremistische Gruppierungen, zur Teilnahme an den Protesten gegen eine Demonstration von Rechtsextremisten, bei denen es zu massiven Ausschreitungen von Linksextremisten kam.

Neben diesen beiden Gruppierungen positionierte sich im Jahr 2015 erstmals die trotzkistische Gruppe REVOLUTION Leipzig⁴¹ in der Öffentlichkeit. Sie veröffentlichte unter dem Titel „Antifaschistischer Widerstand – Notwendig und legitim! Aber wie? Kritik und Perspektiven des Kampfes in Leipzig“⁴² ein Positionspapier. Die Autoren bezogen sich in ihrem Papier zwar auf den Anschlag auf die Chemiefirma am 6. August 2015, allerdings wird deutlich, dass sie diesen nur zum Anlass nehmen, um ihre grundsätzlichen Auffassungen zum Widerstand zu erläutern.

Dieses Positionspapier stellte im Vergleich zu den vorangegangenen Papieren eine neue Qualität dar. Diese lag darin, dass die bisherigen Papiere aus der autonomen Szene heraus, das Schreiben der Gruppe REVOLUTION Leipzig hingegen von Angehörigen einer festen trotzkistisch-antiimperialistischen Struktur verfasst wurde. Deshalb besitzt dieses Schreiben einen absolut parteipolitischen Duktus, der von trotzkistisch/antikapitalistischen Positionen und Termini geprägt ist. Die Verfasser beziehen auch Stellung zu den bisherigen Papieren. Über die Notwendigkeit der Anwendung von Gewalt war man sich mit den anderen Autoren einig. Jedoch stellten sie fest, dass es jenen an Perspektive fehle.

Für die Verfasser liegt der Ursprung der Gewalt in der Ausbeutung der Arbeit und der Spaltung der Klasse, um die kapitalistische Herrschaft zu sichern. Deshalb erhoben die Autoren die Forderung, den bürgerlichen Staat zu zerschlagen und an dessen Stelle eine Jugendinternationale und ein Räteystem aufzubauen. Es hieß:

„Sofern mensch sich als revolutionär verstehen sollte, so ist das strategische Ziel, die Zerschlagung des bürgerlichen Staates bzw. den Aufbau einer neuen Jugendinternationale (...).“⁴³

Darüber hinaus wurde auch die Zielrichtung „revolutionärer Gewalt“ vorgegeben. Es heißt: „Unsere Gewalt muss ins Herz dieses Systems treffen, das Privateigentum an Produktionsmitteln.“ und wird unter dem Slogan „militant, massenhaft, organisiert“ zusammengefasst.

Mit der Entstehung der Gruppe REVOLUTION Leipzig zeigte sich nicht nur eine Strukturentwicklung, sondern auch eine neue Qualität innerhalb der linksextremistischen Szene in Leipzig. Erstmals wurde eine trotzkistisch/antiimperialistische Gruppe aktiv, die zur Anwendung von Gewalt bereit war. Dies könnte zu Differenzen in der Szene führen, da ein Teil der hiesigen Szene „antideutsch“ ausgerichtet ist und auf dem Existenzrecht Israels

⁴⁰ Ebenda (Stand: 20. Januar 2016)

⁴¹ REVOLUTION Leipzig ist – wie andere „Revolutionsgruppen“ in anderen Städten die Jugendorganisation der trotzkistischen Gruppierung Gruppe Arbeitermacht (GAM). Diese Gruppierung sowie deren Jugendorganisationen sind Bestandteile der überregionalen linksextremistischen Organisation Neue antifaschistische Organisation (NaO)

⁴² <http://www.onesolutionrevolution.de> (Stand: 25. August 2015)

⁴³ Ebenda

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

besteht. Die „antiimperialistische“ Gruppe REVOLUTION Leipzig lehnt ein solches hingegen ab. Inwieweit sich eine trotzkistische Gruppe innerhalb einer eher antideutsch ausgerichteten Szene dauerhaft etablieren kann, bleibt abzuwarten. Darüber hinaus muss – sollten die formulierten Ansprüche umgesetzt werden – auch mit neuen Formen von Anschlägen gerechnet werden, die sich unter Umständen gezielt gegen Firmen bzw. gegen deren Inhaber richten.

Die Gruppe REVOLUTION Leipzig war auch in der Öffentlichkeit präsent:

- Am 19. Oktober 2015 beteiligte sich die Gruppe in Dresden an den Protesten gegen eine Versammlung der PEGIDA. Beginnend am Bahnhof Dresden-Mitte nahm die Gruppe an einem von Linksextremisten unterstützten Aufzug teil und führte ein Fronttransparent mit sich (vgl. hierzu Beitrag „Autonome in Dresden“).
- Außerdem war die Gruppe am 12. Dezember 2015 in Leipzig an den erwähnten massiven Ausschreitungen beteiligt, die im Zusammenhang mit einer Demonstration von Rechtsextremisten erfolgten. Auf ihrem Facebook-Profil positionierte sie sich zu den Ausschreitungen wie folgt:

„Es war ein Tag der Wut. Leipzigs ArbeiterInnenklasse – insbesondere die Jugend – hat gezeigt, dass sie auf diese vom Staat organisierten Zustände keine Lust mehr hat!“⁴⁴

Straftaten

	linksextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Freistaat Sachsen	582	821	977	162	154	283
Leipzig (Stadt)	186	227	439	42	67	180

Autonome in Dresden

Die rückläufige Entwicklung des Personenpotenzials im Vorjahr stagnierte im Jahr 2015. Im Vergleich zu 2014 blieb die Stärke der autonomen Szene Dresdens nunmehr konstant bei ca. 70 Personen.

Ebenso stagnierte die strukturelle Entwicklung. So existierte mit der Undogmatischen Radikalen Antifa Dresden (URA Dresden) weiterhin nur eine autonome Gruppe, die aktiv in der Öffentlichkeit agierte. Gleichzeitig wuchs im Laufe des Jahres die Bedeutung des – in seiner Gesamtheit nichtextremistischen – Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ als Organisator öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen auch für Autonome. Autonome beteiligten sich ebenfalls zunehmend an den Aktionen anderer nichtextremistischer Bündnisse. Eigenständige demonstrative Aktionen gingen von ihnen, bis auf eine Ausnahme, nicht aus. Insofern erweist sich die seit Jahren von Extremisten praktizierte Bündnispolitik mit nichtextremistischen Gruppen als eine verlässliche Größe, die die Durchführung öffentlicher Aktionen ermöglicht. Darüber hinaus zeigte sich auch, dass die örtliche autonome Szene auf

⁴⁴ <https://www.facebook.com/RevoLeipzig/posts/1509030336059987> (Stand: 14. Dezember 2015)

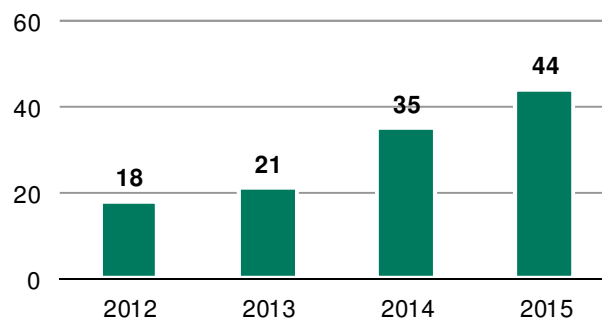
Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Grund ihrer personellen und strukturellen Schwächen kaum in der Lage ist, eigene Aktionen durchzuführen und sich wirksam in der Öffentlichkeit zu artikulieren.

Aktionsniveau

In diesem Zusammenhang muss auch die Entwicklung des Aktionsniveaus gesehen werden, welches seit 2012 kontinuierlich angestiegen ist.

Demonstrationen/Aufzüge/Gegenproteste von bzw. mit Beteiligung von Autonomen in Dresden



Die Dresdner Szene zeigte, wie in den beiden Vorjahren, eine gestiegene öffentliche Präsenz, ohne dass jedoch ihr Personenpotenzial anwuchs. Allerdings agierte die Szene nicht unabhängig und selbstständig, sondern vorrangig im Rahmen von Veranstaltungen des Bündnisses „Nazifrei–Dresden stellt sich quer“. So beteiligten sich in Dresden an Gegenprotesten oft nur wenige Autonome, die zudem nur beschränkt Außenwirkung erzeugen konnten. Die Teilnahme Dresdner und auswärtiger Autonome blieb in der Regel auf 100 Personen beschränkt. Die erhöhte Zahl der Demonstrationen wirkte sich somit nicht auf die Anzahl der linksextremistischen Teilnehmer aus. Vielmehr war die Szene mit der Vielzahl der Ereignissen zeitweise überfordert und ab April des Berichtsjahres nicht mehr in der Lage, auf jeden Anlass zu reagieren.

Für den Anstieg des Aktionsniveaus lassen sich zwei Ursachen ausmachen:

- die seit Oktober 2014 durchgeführten Aktionen gegen PEGIDA⁴⁵ sowie
- die Aktivitäten im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlings- und Asylthematik, die im Sommer 2015 einsetzten und Autonome zu Reaktionen veranlasst haben.

Eine Stärkung der Szene blieb dennoch aus. Ihre Anziehungskraft und Mobilisierungsfähigkeit stagnierten auf dem relativ niedrigen Niveau des Vorjahres. Damit verlor die Dresdner Szene weiter an Relevanz gegenüber der nochmals aktiver gewordenen Szene in Leipzig.

Eine Ursache ist die 2015 nochmals verstärkte Konzentration der URA Dresden auf Bündnisse mit Nichtextremisten. Diese Bündnisorientierung hatte auch zur Folge, dass Dresdner Autonome bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen kaum selbstständig auftraten, sondern nahezu ausnahmslos gemeinsam mit Nichtextremisten. So gab es im Jahr 2015 nur noch eine Aktion, die ausschließlich von der autonomen Szene ausging, jedoch ohne erkennbaren Bezug zur URA Dresden. So nahmen am 26. Mai 2015 etwa 50 teilweise

⁴⁵ „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“

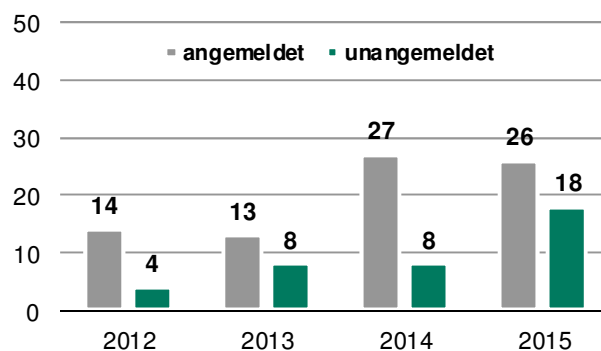
Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

vermummte Personen an einem Protestzug durch die Dresdner Neustadt teil und führten ein Fronttransparent mit der Aufschrift „STOPG7“ mit sich (siehe Abschnitt „Unangemeldete Aktionen“ in diesem Beitrag).

Mit ihrer Strategie gelang es der URA Dresden – als derzeit einziger mobilisierungswirksamer Gruppe der autonomen Szene – nicht, das in Dresden zweifellos vorhandene autonome Kernpotenzial verstärkt zu Aktionen zu mobilisieren. Bis etwa April des Berichtsjahres waren noch bis zu 100 Autonome mobilisierbar, danach meist nur noch 50 bis 60. Eine stärkere Beteiligung von Linksextremisten zeigte sich nur nach überregionaler Mobilisierung.

Der Anteil der nicht angemeldeten Aktionen an allen öffentlichen Veranstaltungen erhöhte sich im Jahr 2015 auf ca. 41 % (2014: 23 %) und bewegte sich damit auf dem Niveau von 2013 (ca. 38 %).

Art der öffentlichen Veranstaltung



Unangemeldete Aktionen stellen einen Gradmesser für die Handlungsfähigkeit der Szene dar. Sie spiegeln ihren Anspruch auf Selbstbestimmung und Autonomie wider und können ihre Ablehnung staatlicher Autorität besonders gut symbolisieren. Allerdings trugen die unangemeldeten Aktivitäten fast ausschließlich reaktiven Charakter und richteten sich gegen Veranstaltungen des politischen Gegners. Von der unangemeldeten Demonstration ohne reaktiven Charakter am 26. Mai 2015 abgesehen, war bei den übrigen Aktionen ein nur äußerst geringes Personenpotenzial beteiligt, welches – im Gegensatz zur Leipziger Akteure – keine Akzente in der Öffentlichkeit zu setzen vermochte. Die Entwicklung der unangemeldeten Veranstaltungen zeigte zwar das Bemühen, kurzfristig zu mobilisieren, eine Wirkung konnte allerdings nicht erzielt werden.

Angemeldete öffentliche Aktionen

Die Dresdner Szene sucht im Rahmen angemeldeter öffentlicher Aktionen schon seit Jahren das Bündnis mit bürgerlichen Kräften.

Aktionen am 13. Februar

Dresdner Autonome setzten für ihre Aktivitäten am 13. Februar die aus ihrer Sicht seit 2010 bewährte Bündnispolitik fort und unterstützten mit ihren Aktionen erneut das in seiner Gesamtheit nicht extremistische Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“. Auch die URA Dresden gehörte diesem Bündnis an. So erklärte ein Gruppenmitglied gegenüber einem Radiosender: „Wir sind ja in dem Bündnis aktiv. Die gehören ja zu unseren Partnern,

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

sozusagen.⁴⁶ Allerdings besitzen die Aktionen anlässlich des 13. Februar nur noch regionale Bedeutung. Damit setzte sich der Abwärtstrend der letzten Jahre fort, was mit einem weiteren Bedeutungsverlust der Dresdner autonomen Szene einherging.

Linksextremisten versuchten auch im Berichtsjahr, die eigene Klientel wieder stärker zu mobilisieren. Die Kampagne „No Excuses!“ richtete sich mit einem eigenen Aufruf an die linksextremistische Szene, ohne damit nennenswerte Resonanz zu erzielen. Lediglich die weitgehend inaktive „Antifaschistische Aktionsgruppe Dresden“ (AFA Dresden) unterstützte den Aufruf und das Facebook-Profil „Antifaschistisches Nachrichtenportal Sachsen“ teilte einen Link.

Die Absicht, Potenzial aus den eigenen Reihen zu motivieren, zeigte sich auch am Inhalt des Aufrufes. Denn im Unterschied zum Aufruf des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“, das ausschließlich Blockaden ankündigte, forderte „No Excuses!“ weitergehend: „Naziaufmarsch verhindern!“. In einem späteren Text erneuerte die Kampagne diese Forderung und ließ die damit verbundenen Absichten durch den vielsagenden Hinweis „Es liegt an uns was morgen passieren wird!“⁴⁷ durchblicken. Denselben Text veröffentlichte auch die URA Dresden, was auf Verflechtungen zwischen ihr und der Kampagne schließen lässt.

Schließlich richtete sich „No Excuses!“ im Unterschied zum Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ erneut nicht nur gegen den geplanten Aufzug von Rechtsextremisten, sondern zugleich gegen das bürgerliche Gedenken an die Opfer der Luftangriffe. So erhob die Kampagne Forderungen, wie „Menschenkette abschaffen“, und kritisierte ein angeblich „unerschütterliche(s) Beharren auf dem geschichtsrevisionistischen Gedenken an die Opfer der Bombardierung Dresdens“. Dementsprechend rief sie auf, „sich am 13. Februar 2015 vielfältig an gedenkkritischen Aktionen zu beteiligen und eigene kreative Aktionen umzusetzen“. Insofern war die Zielstellung dieser Kampagne weiter gefasst, denn der Bündniskonsens von „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ umfasste nicht die Störung des bürgerlichen Gedenkens, sondern war ausschließlich auf die Verhinderung rechtsextremistischer Aktivitäten gerichtet.

Die Mobilisierung zu diesem Ereignis weist zwei Tendenzen auf, die sich auf die Teilnahmebereitschaft und letztlich auf das Teilnehmerpotenzial auswirkten:

1. Linksextremisten bemühten sich nicht zielgerichtet, die Interessen der eigenen Klientel zu bedienen und diese zu mobilisieren. Die waren Aufrufe wenig konkret und wirkten insbesondere bei gewaltorientierten Autonomen wenig authentisch.
2. Die Bündnisorientierung der Dresdner Autonomen wirkte dämpfend auf das Aktionsniveau der Autonomen. Bei solchen Bündnisdemonstrationen spielt der Gewaltaspekt für Linksextremisten eine geringere Rolle.

Daher beteiligten sich nur ca. 150 teils gewaltorientierte Linksextremisten an den verschiedenen Aktionen. Am 13. Februar – auf den die Mobilisierung der Linksextremisten in Unkenntnis des tatsächlichen Demonstrationstermins der Rechtsextremisten zunächst ausgerichtet war – nahmen 50 bis 100 Autonome an einer Kundgebung „Statt Opfermythos: Verantwortung übernehmen – gestern, heute, morgen“ am Neumarkt teil. Dort skandierten sie „Wir sind hier aus purer Feindschaft gegen eure Volksgemeinschaft“ sowie „Bomber-

⁴⁶ www.freie-radios.net, Interview „Pegida – Rassist*innen aller Couleur demonstrieren Montags in Dresden“ (Stand: 24. November 2015)

⁴⁷ Schreibweise wie im Original

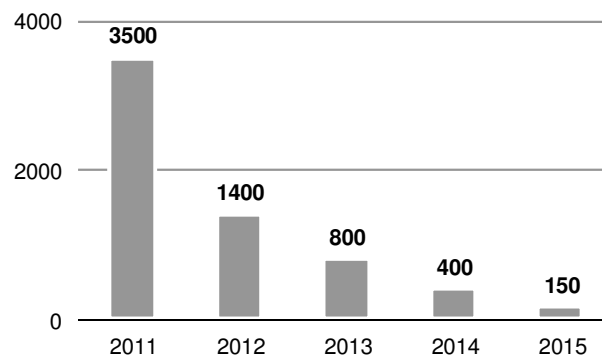
Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Harris, do it again“. Einige von ihnen holten zuvor verdeckt getragene als Schlagwerkzeug geeignete sogenannte Knüppelfahnen hervor.

Nach dem Bekanntwerden des tatsächlichen Termins des rechtsextremistischen Aufzuges am 15. Februar riefen „No Excuses!“ und URA Dresden kurzfristig dazu auf, sich den „(Neo-) Nazis entschlossen und kreativ entgegen“ zu stellen und deren Aufzug „unmöglich zu machen“. Auch das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ veröffentlichte einen Aufruf. Die linksextremistische Internetseite „Autonome Gruppe Dresden“ forderte „Bleibt sportlich und stört wo ihr könnt!“⁴⁸. Unter den etwa 1.000 Demonstranten, die gegen den Aufzug der Rechtsextremisten protestierten, befanden sich nur etwa 150 Linksextremisten, so dass das Kernziel, den „Nazi-Aufmarsch“ zu verhindern, nicht erreicht werden konnte. Der rechtsextremistische Aufzug wurde durch mehrere Sitzblockaden aufgehalten, musste deswegen seine Route ändern oder wurde umgeleitet. In einer teilweise aggressionsgeladenen Atmosphäre kam es zu einer Reihe szenetypischer Straf- und Gewalttaten.

Die linksextremistischen Teilnehmerzahlen vom 15. Februar entsprachen etwa dem Mobilisierungspotenzial der Dresdner Szene. Damit wurde deutlich, dass der 13. Februar derzeit kaum noch Bedeutung für die autonome Szene außerhalb Dresdens besitzt.

Anzahl der gewaltbereiten linksextremistischen Teilnehmer an den Aktionen zu den Jahrestagen der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg



Die Linksextremisten nahmen anschließend nicht öffentlich zu den Ereignissen Stellung und signalisierten damit, dass sie mit dem Ergebnis unzufrieden waren, aber damals keine alternativen Handlungsmöglichkeiten aufzeigen konnten. Andererseits stellten auch rechtsextremistische Aufzüge zum 13. Februar nur noch Ereignisse von regionaler Bedeutung dar.

Aktionen gegen Versammlungen der PEGIDA im Spiegel autonomer Bündnispolitik

Dresdner Autonome sehen in der PEGIDA-Bewegung derzeit einen ihrer wichtigsten Gegner. Die URA Dresden begreift sie als „Sammelbecken neu-rechter bis faschistischer Bewegungen und ganz normaler Rassist*innen“, aber gleichzeitig als Ausdruck „der

⁴⁸ Schreibweise wie im Original

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

aktuellen kapitalistischen Krise und ihrer autoritären und neoliberalen Verwaltung“. Als solche gehört sie zu den Feindbildern der Autonomen.

„PEGIDA mag ein Aufstand gegen bestimmte regierende Personen sein, sie ist aber keine Auflehnung gegen die Herrschaft. Sie ist eine konformistische Revolte für den kapitalistischen, patriarchalen und rassistischen Normalbetrieb und gegen emanzipatorische Veränderung. PEGIDA ist zutiefst reaktionär.“⁴⁹

Zwar knüpften die Autonomen im Jahr 2015 nahtlos an die Protestaktionen des Vorjahres an und handelten stets im Rahmen ihres Bündnisses mit Nichtextremisten von „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“. Allerdings war das linksextremistische Teilnehmerpotenzial gleichzeitig stark rückläufig und umfasste in der Regel lediglich 100 Personen.

Die Ursache für diesen Rückgang bestand zum einen in dem gescheiterten Versuch der URA Dresden, Unterstützung von Nichtextremisten außerhalb des Bündniszusammenhangs von „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ für ihre Aktionsformen zu erlangen. Zum anderen konnten Leipziger Autonome wegen der beginnenden Demonstrationen gegen LEGIDA nicht mehr dieselbe personelle Unterstützung leisten wie zuvor.

Die Mobilisierungen erfolgten im Wesentlichen durch die URA Dresden und das von Herbst 2014 bis Oktober 2015 aktive linksextremistische Internetprofil „Antifaschistisches Nachrichtenportal Sachsen“. Die Aufrufe verbanden sich mit Forderungen wie,

„MIT ALLEN MÖGLICHEN MITTELN DAFÜR ZU SORGEN, DASS (...) NICHT EINFACH 20.000 RASSIST_INNEN IN RUHE DURCH UNSERE STÄDTE LAUFEN KÖNNEN.“⁵⁰

Dabei zeigte sich das Bemühen der Linksextremisten, in der Öffentlichkeit eigene Akzente gegen PEGIDA zu setzen:

- So beteiligten sich am 5. Januar 2015 etwa 100 Linksextremisten an mehreren Gegenveranstaltungen. Ein Großteil agierte als eigener Block an einem Spontanaufzug, zu dessen Startpunkt zuvor die URA Dresden mobilisiert hatte. Die Demonstranten liefen zum Sammelpunkt eines nichtextremistischen Aufzugs und versuchten, die Teilnehmer mit Rufen, wie „Gebt den Nazis die Straße zurück! Stein für Stein, Stück für Stück!“ und „Nie, nie nie wieder Deutschland!“, für Aktionen gegen PEGIDA zu animieren. Das gelang jedoch nicht. Dieser neuerliche Versuch Autonome, nichtextremistische Akteure im Sinne eigener Ziele zu radikalisieren und zu instrumentalisieren und deren hohes Personenpotenzial für ihre Zwecke zu nutzen, blieb ohne Erfolg. Das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ distanzierte sich schließlich von allen bürgerlichen Protestformen anderer nichtextremistischer Protestbündnisse, da diese keine Konfrontation mit dem politischen Gegner anstrebten und nicht blockadeorientiert auftraten. Hierzu das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“:

„Es fehlt schlicht an einem, dann auch durch Taten belegten, Bekenntnis zahlreicher Akteur_innen in dieser Stadt zu antifaschistischen, antirassistischen Positionen UND Aktionen.“⁵¹

⁴⁹ <http://uradresden.noblogs.org>, Text „Aufruf zur Demonstration ‘Solidarity with Refugees – for a better life together‘ am 28. Februar 14 Uhr Theaterplatz“ (Stand: 20. Februar 2015)

⁵⁰ <https://www.facebook.com/pages/Antifaschistisches-Nachrichtenportal-Sachsen> (Stand: 6. Januar 2015); Hervorhebungen im Original

⁵¹ <https://www.facebook.com/dresden.stellt.sich.quer> (Stand: 7. Januar 2015)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Es gab zudem zu erkennen, künftig wieder eigenständig agieren zu wollen. Ergänzend bilanzierte später die URA Dresden:

„Wir haben keinen Masterplan wie wir gegen das rassistische Klima und deren Auswuchs PEGIDA am Besten vorgehen sollten (...).“⁵²

- Am 12. Januar 2015 verzichteten das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ und die darin vertretenen Autonomen in Bezug auf die Proteste gegen die PEGIDA-Versammlung gänzlich auf gemeinsame Aktionen mit dem nichtextremistischen Bündnis „Dresden für alle“. Grund war, dass dessen Aktionen bis dahin nicht darauf ausgelegt gewesen waren, „aktiv auf PEGIDA einzuwirken“. Demgegenüber habe „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ einen anderen Aktionsanspruch und wolle „Rassist_innen nicht ungehindert die Straße überlassen“.

Diese Absichtserklärungen bewirkten vorübergehend einen signifikant stärkeren Zulauf zu linksextremistisch motivierten Aktionen. Zunächst nahmen nur etwa 90 Linksextremisten an einer friedlichen Spontanversammlung teil, die auf dahinter liegende Blockadeabsichten des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ schließen ließ. Später versuchten an anderer Stelle 300 bis 400 PEGIDA-Gegner, organisiert und teils gewalttätig auf die Route des PEGIDA-Aufzugs zu gelangen, um sie zu blockieren. Dabei gingen sie mit Flaschen- und Steinwürfen gegen ein Geschäft vor, in dem eine bei Rechtsextremisten beliebte Bekleidungsmarke angeboten wird, und griffen Polizeibeamte – auch mit sogenannten „Knüppelfahnen“ – tätlich an. Das eigentliche Ziel der Be- und Verhinderung des gegnerischen Aufzugs misslang jedoch.

- In dieser Situation versuchten Linksextremisten, den gewaltsamen Tod eines Asylbewerbers aus Eritrea am Abend des 12. Januar 2015 in Dresden für eine „antirassistische“ Kampagne zu instrumentalisieren, wozu sie PEGIDA als Stichwortgeber und treibende Kraft hinter dem Verbrechen anprangerten. Die durch die Tat ausgelöste massive öffentliche Empörungswelle wollten sie in einen Mobilisierungsschub für ihre Aktionen gegen PEGIDA wandeln. Zugleich nutzten sie die Straftat, um ihre Gewalt gegen den demokratischen Rechtsstaat zu rechtfertigen. Das Facebook-Profil „Antifaschistisches Nachrichtenportal Sachsen“ schrieb dazu:

„Wut! Hass! Trauer! Der rassistische Mob tobt und wächst von Woche zu Woche. (...) Wehrt euch gegen Pegida und alle anderen rassistischen Idioten! (...) Rassistschweine verpisst euch!“⁵³

Eine Stellungnahme auf der Internetseite „Autonome Gruppe Dresden“ richtete sich deutlich gegen den demokratischen Rechtsstaat:

„(...) unser Hass (ist) bei all jenen Rassisten und Deutschen die jeden Montag auf den Beinen sind“⁵⁴ und: „Es liegt an uns der Öffentlichkeit aufzuzeigen, dass Rassismus und dieses kapitalistische System tötet. Es liegt an uns, jeden Tag diesem rassistischen Staat und seinen Behörden zu zeigen, dass sie das Problem sind!“⁵⁵

⁵² <http://uradresden.noblogs.org> (Stand: 22. Januar 2015), Schreibweise wie im Original

⁵³ <https://www.facebook.com/pages/Antifaschistisches-Nachrichtenportal-Sachsen> (Stand: 15. Januar 2015)

⁵⁴ <http://agdd.blogspot.de> (Stand: 15. Januar 2015), Schreibweise wie im Original

⁵⁵ <http://agdd.blogspot.de> (Stand: 23. Januar 2015), Schreibweise wie im Original

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Auch auswärtige Linksextremisten riefen zu Gegenaktionen auf. Dennoch kam es aufgrund dieser Straftat nicht zu gewalttätigen Aktionen in Dresden. Allerdings versuchten Linksextremisten, Asylbewerber und Migranten zu instrumentalisieren. Teilnehmer, die nach ihrem äußeren Erscheinungsbild dieser Gruppe zuzuordnen sein könnten, führten bei einer nichtextremistischen Demonstration zum Gedenken an den Getöteten am 17. Januar 2015 ein Transparent der URA Dresden mit der Aufschrift „Kampf den Rassistischen Zuständen! Nie wieder Deutschland“ mit sich. Die Aufklärung des Verbrechens bereits nach etwa zehn Tagen, die später zur Verurteilung eines anderen Asylbewerbers führte, entzog den mit dem Ereignis verbundenen Absichten von Linksextremisten noch vor der nächsten PEGIDA-Versammlung die Grundlage. Folge war ein weiterer Rückgang der Teilnehmerzahlen.

- Der Rückgang der Teilnehmerzahlen von Autonomen liegt im Unvermögen der Akteure, eine effektive Strategie zur Verhinderung der PEGIDA-Demonstrationen zu entwickeln. So misslang am 13. April 2015 ein erneuter Versuch, effektiv gegen PEGIDA vorzugehen, obwohl die Autonomen diesem Datum wegen des damals bevorstehenden Auftritts des rechtspopulistischen niederländischen Politikers Geert Wilders bei PEGIDA besondere Bedeutung beigemessen hatten. Das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ wollte die gegnerische Versammlung verhindern und hatte eine eigene, von der URA Dresden unterstützte Demonstration ausgerichtet. Letztlich waren unter den insgesamt etwa 3.000 Gegendemonstranten nur 100 Linksextremisten, denen wegen ihrer relativ geringen Anzahl und aufgrund ausbleibender Unterstützung durch nichtextremistische Blockierer keine wirksamen Aktionen gelangen. Das Bündnis stellte daher – und stellvertretend auch für die daran beteiligten Autonomen – fest, dass es sein Ziel „einer Blockade oder signifikanten Störung der PEGIDA-Veranstaltung“ nicht habe erreichen können und erklärte, vorerst nicht mehr gegen PEGIDA vorgehen zu wollen:

„Inzwischen ist ein Zustand erreicht, bei dem weiterer wöchentlicher Protest bei uns eher zum Verschleiß unserer Kräfte und bei PEGIDA zu einem Maß an Aufmerksamkeit führen würde, das sie aus eigener Kraft nicht (mehr) zu generieren fähig wären. Wir von Dresden Nazifrei werden uns daher vorrangig auf den 17. Juni und mögliche Naziaktivitäten (...) konzentrieren und unsere Kräfte dahingehend bündeln.“⁵⁶

- Diese Ankündigung konnte nicht umgesetzt werden. Die Aktionen gegen einen alljährlichen Aufzug von Rechtsextremisten am 17. Juni 2015, zu denen URA Dresden und „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ aufgerufen hatten, wirkten unorganisiert und blieben weitgehend erfolglos. Nur etwa 50 Störer versuchten vergeblich, zur gegnerischen Aufzugsroute zu gelangen.
- Die mangelnde Distanz zu Gewalt und die Nähe des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ zur autonomen Szene zeigte sich bei den Mobilisierungen zu Gegenprotesten anlässlich des ersten Jahrestages des Aktivwerdens der PEGIDA-Bewegung am 19. Oktober 2015. Das Bündnis hatte die Planungen der Proteste initiiert. Außerdem zählte es selbst – und somit indirekt auch die ihm angehörende URA Dresden – zu den Unterstützern eines hinter den Demonstrationen stehenden bürgerlichen Protestbündnisses. Seine Verbindungen zur URA Dresden verdeutlichte „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“, indem

⁵⁶ <http://dresden-nazifrei.com>, Text „FAZIT DER AKTIONEN VOM 13.04. GEGEN GEERT WILDERS-BESUCH BEI PEGIDA (Stand: 21. April 2015)“

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

es einen Aufruf der URA Dresden „Den PEGIDA-Geburtstag zum Desaster machen“ unterstützte, dem eine Leitfunktion für die linksextremistische Szene zukam. Das Bündnis selbst beantwortete die Frage auf seinem Facebookprofil „Warum distanziert ihr euch nicht von der extremen Antifa?“ wie folgt:

„Weil wir ein spektrübergreifendes Bündnis sind und radikale Antifagruppen ein Teil von uns sind. (...)“⁵⁷

Dieses Ereignis verhalf den Autonomen aufgrund der damit verbundenen Symbolwirkung zu einem vorübergehenden Mobilisierungsschub. Resonanz erzielte der Aufruf der URA Dresden auch bei Linksextremisten in Berlin und Leipzig, so u. a. bei der Gruppe „the future is unwritten“ (Leipzig) und der Berliner Gruppe des bundesweiten Netzwerks „Interventionistische Linke“ (IL).

An Gegendemonstrationen und Protesten von etwa 22.000 Menschen gegen eine Kundgebung von etwa 23.000 PEGIDA-Anhängern beteiligten sich schätzungsweise 400 teils gewaltorientierte Linksextremisten. Durch die Teilnahme der Gewalt befürwortenden trotzkistischen Gruppe REVOLUTION Leipzig sowie der ausländerextremistischen Gruppe Ciwanên Azad Dresden⁵⁸ bekam diese Veranstaltung eine neue Qualität. So rief – einem Pressebericht zufolge – ein Sprecher der „Ciwanen Azad“ dabei zur Bildung „militant-revolutionärer Jugendgruppen“ auf⁵⁹. Linksextremisten konnten einen Aufzug nicht extremistischer Veranstalter zu ihrer Selbstdarstellung nutzen und gleichzeitig in größerer Anzahl zum Veranstaltungsraum ihrer politischen Gegner gelangen. Anschließend stürten mehrere Hundert PEGIDA-Gegner teils gewaltsam die Anreise ihrer politischen Gegner und verletzten dabei mindestens zwei PEGIDA-Anhänger schwer. Weiter versuchten sie, in den polizeilich abgesicherten Veranstaltungsraum vorzudringen und lieferten sich während und nach Abschluss der gegnerischen Versammlung Auseinandersetzungen mit PEGIDA-Demonstranten und der Polizei. Dabei warfen sie mit Steinen, Böllern und Absperrmaterialien, versuchten Straßensperren zu errichten und beschädigten Fahrzeuge. Verschiedentlich wurden Rufe wie „Nie, nie, nie wieder Deutschland!“ laut. Außerdem setzten Unbekannte vier geparkte Kfz von PEGIDA-Teilnehmern in Brand. In der Nacht wurden am Leipziger Hauptbahnhof rückkehrende PEGIDA-Teilnehmer angegriffen.

In der Gesamtschau handelte es sich am 19. Oktober 2015 um die wohl gewalttätigsten Aktionen von Linksextremisten in Dresden seit dem 13. Februar 2013. Sie verdeutlichten, dass größere Ausschreitungen gewaltorientierter Linksextremisten in Dresden regelmäßig eine überregionale Mobilisierung von Linksextremisten zu Protesten gegen politische Gegner voraussetzen. Gleichzeitig gewinnen die Aktionen gewaltorientierter Linksextremisten dann an Relevanz, wenn ihre Träger aus einer Bündnisposition heraus agieren können und sich gleichzeitig eine möglichst große Zahl von Nichtextremisten an den Gegenprotesten beteiligt.

Aktionen zur Thematik „Flüchtlinge und Asyl“

Darüber hinaus war das Themenfeld „Flüchtlinge/Asyl“ ein Schwerpunkt linksextremistischer Aktivitäten in Dresden (siehe Beitrag „Im Fokus – Instrumentalisierung der Asylthematik durch Linksextremisten“ im vorliegenden Bericht).

⁵⁷ <https://www.facebook.com/dresden.stellt.sich.quer> (Stand: 19. Oktober 2015)

⁵⁸ „Ciwanên Azad“ („Freie Jugend“) ist die Bezeichnung der europäischen Dachorganisation der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) nahestehender Jugendorganisationen

⁵⁹ Internetseite der Sächsischen Zeitung: www.sz-online.de (Stand: 26. Oktober 2015)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Unangemeldete Aktionen

Bei den 17 unangemeldeten Aktionen im Jahr 2015 handelte es sich um Protestaktionen gegen öffentliche Versammlungen politischer Gegner. Die linksextremistischen Teilnehmerzahlen bewegten sich dabei in Einzelfällen in denselben Dimensionen, wie bei angemeldeten Veranstaltungen, lagen überwiegend aber noch darunter.

Im Berichtsjahr gab es darüber hinaus nur eine einzige nicht angemeldete Demonstration in Dresden. Am 26. Mai 2015 nahmen etwa 50 teilweise verummte Personen an einem Protestzug durch die Dresdner Neustadt teil und führten ein Frontransparent mit der Aufschrift „STOPG7“ mit sich.

Beim Eintreffen der Polizeikräfte zündeten sie Feuerwerkskörper und stürmten zunächst auf die Einsatzkräfte zu, wobei es zu Tötlichkeiten gegenüber den Beamten kam. Anschließend flüchtete der Großteil der teils verummten Demonstranten. Die Polizei nahm sieben Personen wegen Landfriedensbruchs, Widerstands gegen Vollzugsbeamte und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz in Gewahrsam. Die Aktion fand am Vorabend eines Treffens der G7-Finanzminister in Dresden und im Vorfeld des G7-Gipfels im bayerischen Schloss Elmau statt. Während die linksextremistische Szene in Sachsen nur verhalten auf die G7-Treffen reagierte und keine der hier aktiven autonomen Gruppierungen zu Aktionen aufrief, machten Dresdner Autonome mit der Aktion symbolisch ihren Anspruch auch auf gewaltorientierten Widerstand zu Themen wie „Antiglobalisierung“ und „Antiimperialismus“ sichtbar.

Die Demonstration wies keine Verbindungen zur URA Dresden auf, die sonst hinter sämtlichen Aktionen Dresdner Autonome steht. Das weist auf ein weiteres aktionistisches Potenzial innerhalb der Dresdner Szene hin, das sich nicht durch diese stark bündnisorientierte und daher auch Bündniszwängen unterliegende Gruppe vertreten sieht. Dass es nicht häufiger in Erscheinung trat, lässt seine derzeit fehlende strukturelle Einbindung in die Dresdner Szene erkennen.

Klandestine (konspirativ vorbereitete) Gewalt

Auch für die Dresdner autonome Szene spielt bei klandestinen Aktionen die Gewalt eine bestimmende Rolle in der politischen Auseinandersetzung. 2014 gab es drei umfassend begründete Brandanschläge auf Fahrzeuge, 2015 lediglich einen und ideologisch nur oberflächlich begründeten Brandanschlag.

- In der Nacht zum 13. März 2015 setzten Unbekannte ein als solches erkennbares Fahrzeug der Deutschen Bahn AG in Brand, das infolgedessen stark beschädigt wurde. Auf dem von Linksextremisten genutzten Internetportal „linksunten.indymedia.org“ veröffentlichten unbekannte Verfasser ein Selbstbeichtigungsschreiben⁶⁰. Darin begründeten sie die Tat mit einem angeblich „menschenunwürdigen Verhalten“ der Deutschen Bahn und deren Personal gegenüber „Menschen, welche sich kein Ticket leisten können, oder die jährlich erhöhten Preise nicht bezahlen wollen“, und dem Verhalten gegenüber Obdachlosen, die von Bahnhöfen vertrieben würden. Denselben Vorwurf erhoben sie auch gegenüber angeblich „rassistische(n) Kontrollen“.
- Zudem bewarfen unbekannte Täter in der Nacht zum 26. März 2015 das Gebäude der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) mit Farbe und beschädigten durch Steinwürfe die Sicherheitsverglasung dreier Fenster. Der Direktor der SLpB hatte

⁶⁰ <https://linksunten.indymedia.org/de>, Text „Dresden: DB-Auto den Flammen übergeben“ (Stand: 16. März 2015)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

sich zuvor für einen Dialog mit Anhängern der PEGIDA eingesetzt und der Organisation eine Pressekonferenz in den Räumen der SLpB ermöglicht. Seitdem stand er in der Kritik von PEGIDA-Gegnern, darunter Linksextremisten. Die Tat entspricht dem Handlungsmuster Autonomer, die durch Gewaltanwendung politische Gegner sowie missliebige Personen und Institutionen einschüchtern und damit zu einem Verhalten entsprechend ihren eigenen Vorstellungen nötigen wollen.

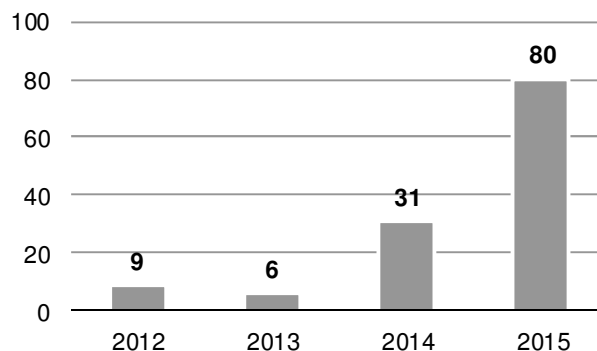
Straftaten

	linksextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Freistaat Sachsen	582	821	977	162	154	283
Dresden (Stadt)	187	226	168	87	38	69

Autonome außerhalb der Städte Leipzig und Dresden

In allen Regionen außerhalb der beiden sächsischen autonomen Zentren Leipzig und Dresden existierte ein deutlich geringeres linksextremistisches Personenpotenzial im unteren zweistelligen Bereich. Dementsprechend waren auch die Strukturen sowie das Aktivitätsniveau weit weniger ausgeprägt. Dennoch setzte sich dort der bereits im Jahr 2014 zu verzeichnende deutliche Anstieg der Aktivitäten von Linksextremisten im Jahr 2015 fort. Mit insgesamt 80 Aktionen verdreifachte sich die Anzahl nahezu gegenüber 2014 (31). Dabei gab es die meisten Aktionen in Chemnitz, so dass sich dieser Ort hinter Leipzig und Dresden aufgrund des Aktionsniveaus zu einem weiteren Schwerpunkt des aktionsorientierten Linksextremismus entwickelt hat.

Demonstrationen/Aufzüge/Gegenproteste von oder mit Beteiligung von Linksextremisten außerhalb von Leipzig und Dresden



Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Region Westsachsen

Die Region Westsachsen umfasst die Stadt Chemnitz, den Vogtlandkreis, den Landkreis Zwickau sowie den Erzgebirgskreis.

Dort existierten lediglich kleine, weitgehend unstrukturierte autonome Szenen mit wenigen Personen, die sich in den Städten Chemnitz und Plauen konzentrierten. Anders als in Leipzig und Dresden gab es keine namentlich agierenden autonomen Gruppierungen. Allerdings bestanden mit dem „Kompott“ und dem „Alternativen Jugendzentrum“ (AJZ) in Chemnitz Anlaufstellen für Linksextremisten, in denen im Berichtsjahr folgende Veranstaltungen mit linksextremistischen Bezügen stattfanden:

- im „Kompott“ am 2. Februar 2015 eine Vortragsveranstaltung "Antifaschistische Aktion - Geschichte einer linksradikalen Bewegung" sowie
- im AJZ am 21. November 2015 ein „Solidaritätsfestival“ des Rote Hilfe e. V.

Darüber hinaus diente das „Kompott“ als Kontaktanschrift der Regionalgruppe Südwestsachsen des linksextremistischen Rote Hilfe e. V.⁶¹: Diese führt dort nach eigenen Angaben Beratungen durch.

Kernthemen der Szene blieben im Berichtsjahr der „Antifaschismuskampf“, „Antirassismus“ sowie die Asylthematik. Die öffentlichen Aktivitäten von Linksextremisten beschränkten sich überwiegend auf die Teilnahme an von Nichtextremisten organisierten Veranstaltungen mit demonstrativem Charakter.

Insbesondere in **Chemnitz** beteiligten sich Linksextremisten regelmäßig in geringer Anzahl an Protesten gegen Veranstaltungen der PEGIDA Chemnitz/Erzgebirge. Zwar initiierten sie teilweise Sitzblockaden, konnten aber die PEGIDA-Aufzüge nicht entscheidend stören.

Dies lag auch an der anhaltenden personellen und strukturellen Schwäche der Chemnitzer autonomen Szene. Ihre bereits in den Vorjahren gering ausgeprägte Mobilisierungsfähigkeit sank weiter, da sie im Berichtsjahr das über Jahre hinweg wichtigste Ereignis, mit dem sie bei ihren Gegenaktivitäten auswärtige Linksextremisten zumindest einmal im Jahr mobilisieren konnte, verlor. Der bislang jährlich am 5. März stattfindende Aufzug von Rechtsextremisten anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt Chemnitz im Zweiten Weltkrieg fand im Jahr 2015 nicht statt.

Bei mehreren Veranstaltungen kam es zur gemeinsamen Beteiligung mit Angehörigen der anarchistischen „Freien Arbeiterinnen- und Arbeiterunion“ (FAU). Einen Rückhalt für Linksextremisten bot auch die in Chemnitz ansässige neue Regionalgruppe Südwestsachsen des „Rote Hilfe e. V.“ (RH), welche linksextremistischen Straftätern finanzielle und politische Unterstützung in Aussicht stellt (vgl. Beitrag „Rote Hilfe e. V. in diesem Bericht“).

Die Linksextremisten dieser Region können zwar auf Grund des geringen Personenpotenzials und schwacher Strukturen bei öffentlichen Aktionen wenig eigene Akzente setzen. Dies hat jedoch keinen Einfluss auf die Gewaltbereitschaft der Akteure, denn ihre Aktionen sind trotz geringer personeller Stärke konfrontativ ausgerichtet.

Für die Durchführung klandestiner (konspirativ vorbereiteter) Aktionen sind nur wenige Personen notwendig, denn diese werden in der Regel von Kleingruppen mit 5 - 10 Teilnehmern durchgeführt. Das zeigte sich im Berichtszeitraum vor allem in Chemnitz und Plauen.

⁶¹ DIE ROTE HILFE, Ausgabe 01/2015, S. 66

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

In Chemnitz wurden im Dezember 2015 mehrere Straftaten gegen Einrichtungen der Partei AfD durchgeführt, bei denen die Tatbegehungen auf einen linksextremistischen Hintergrund schließen ließen. So wurden am 6./7. Dezember 2015 Schaufensterscheibe und Tür des Büros durch Knallkörper beschädigt und mit Farbe besprüht.

In **Plauen** verübten Linksextremisten Sachbeschädigungen und griffen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten direkt an. Am 7. November 2015 drangen offensichtlich Autonome gewaltsam in ein Plauener Bekleidungsgeschäft ein, welches auch in der rechten Szene beliebte Marken vertreibt. Dabei setzten die Täter Pfefferspray gegen Personen ein und zerstörten die Warenauslage. Auf das im Jahr 2012 eröffnete Geschäft waren bereits zuvor mehrere Farbanschläge verübt worden.

Kontinuität zeigte sich in den Kontakten zwischen Protagonisten aus Plauen und aus Leipzig – dem regionalen Schwerpunkt linksextremistischer Gewalt in Sachsen. Nachdem Leipziger Linksextremisten bereits im Jahr 2014 maßgeblich an der Organisation und Durchführung einer Demonstration anlässlich des 1. Mai in Plauen beteiligt gewesen waren, nahmen sie am 7. November 2015, dem Tag des Angriffs auf das Geschäft, an Protesten gegen einen Aufzug von Rechtsextremisten in Plauen teil und führten kurzfristig eine eigene Versammlung durch.

Straftaten

	linksextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Freistaat Sachsen	582	821	977	162	154	283
Chemnitz (Stadt)	30	35	45	6	5	10
Vogtlandkreis	3	135	15	0	24	3
Landkreis Zwickau	13	15	2	2	1	0
Erzgebirgskreis	30	23	17	3	1	3

Region Mittelsachsen

Zur Region Mittelsachsen gehören der Landkreis Mittelsachsen, der Landkreis Meißen sowie der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge.

Das Aktionsniveau der linksextremistischen autonomen Szene im **Landkreis Mittelsachsen** wurde im Berichtsjahr stark von der Zunahme asylkritischer und asylfeindlicher Veranstaltungen dominiert. Die Beteiligung an bzw. die Mobilisierung zu entsprechenden Gegenaktivitäten der Zivilgesellschaft wurde der Organisation eigener Aktionen vorgezogen. Gab es in den Jahren 2013 und 2014 noch jeweils eine von der linksextremistischen Szene initiierte Demonstration in Döbeln, die als Reaktion auf Veranstaltungen von Rechtsextremisten durchgeführt und überregional beworben wurde, unterblieb dies im Jahr 2015.

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Mit der Antifa RDL (Roßwein-Döbeln-Leisnig) trat im Berichtsjahr nur noch eine autonome Gruppe in Erscheinung. Aktivitäten der autonomen Gruppen N-RDL-Nazifrei (N-RDL steht für Nossen, Roßwein, Döbeln und Leisnig) und Antifa RGB (Rochlitz-Geringswalde-Burgstädt) waren nicht mehr zu verzeichnen. Mit Aufrufen auf der ihr zuzuordnenden Internetseite nrdlnazifrei.blogspot.de mobilisierte die Antifa RDL zu Gegenaktivitäten anlässlich rechtsextremistischer bzw. asylkritischer Demonstrationen im Landkreis. Schwerpunkt dieser Gegenaktivitäten waren die Städte Döbeln und Roßwein. Das Ziel der Antifa RDL, „sich jederzeit und überall gegen Nazis und Staat entgegenzustellen“⁶² zeigt, dass sich auch diese autonome Gruppe besonders den Themenfeldern „Antifaschismus“ in Verbindung mit „Antirassismus“ und „Antirepression“ widmet.

In den **Landkreisen Meißen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge** gab es auch 2015 keine aktive linksextremistische Szene, sondern lediglich einzelne Linksextremisten. Aktionen, wie die nachfolgend genannten, basierten vor allem auf Aktivitäten auswärtiger Linksextremisten.

Im Zusammenhang mit dem G6-Treffen der Innenminister vom 1. bis 2. Juni 2015 in Moritzburg kam es zu zwei kleinen Protestaktionen mit Beteiligung von Linksextremisten.

Ab Mai 2015 kam es im **Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge** zu mehreren Aktionen im Zusammenhang mit dem Themenfeld „Antirassismus“/Asyl. Linksextremisten beteiligten sich an zahlreichen „Pro-Asyl-Aktionen“ vor den Erstaufnahmeeinrichtungen in Freital und Heidenau mit z. T. überregionaler oder sogar bundesweiter Mobilisierung und Beteiligung (vgl. auch Beitrag „Im Fokus – Instrumentalisierung der Asylthematik durch Linksextremisten“ im vorliegenden Bericht). Allerdings muss dabei berücksichtigt werden, dass diese Region im Einflussbereich der Dresdner Szene liegt und die Aktionen von dieser zumeist auch initiiert wurden.

Während ein Großteil der Aktionen störungsfrei verlief, kam es am 23. August 2015 in Heidenau bei einer Aktion von Linksextremisten nach einer bundesweiten Mobilisierung zu gewalttätigen Ausschreitungen. Im Rahmen eines Facebook-Beitrags⁶³ signalisierten Linksextremisten ihre Bereitschaft, Gewalt anwenden zu wollen. Vermummt und teils mit Stöcken und Latten bewaffnet beschädigten sie schließlich auf dem Weg vom Bahnhof zu einer Versammlung ein Polizeiauto. Später wurden drei Personen angegriffen und verletzt. Im Nachgang wurde die Aktion als „antifaschistische Strafexpedition“ bezeichnet.⁶⁴ Es sei „notwendig, richtig und gerechtfertigt [gewesen], aggressiv, feindlich und militant aufzutreten (...)“.

⁶² <https://linksunten.indymedia.org/de/>, Text „Nazi-Mahnwache Döbeln & Gegenaktionen“ (Stand: 21. Dezember 2015)

⁶³ „(...) Nazis jagen!“; <https://facebook.com/pages/Antifaschistisches-Nachrichtenportal-Sachsen> (Stand: 24. August 2015).

⁶⁴ <https://linksunten.indymedia.org/de/>, Beitrag „[B] Über deutsche Pogrome, antifaschistische Strafexpeditionen und sinnentleerte Eventpolitik“ (Stand: 28. August 2015); Autor des Beitrages war eine dem gewaltbereiten Berliner autonomen Spektrum zuzurechnende „Antifaschistische Koordination 36“

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Straftaten

	linksextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Freistaat Sachsen	582	821	977	162	154	283
Landkreis Mittelsachsen	39	43	31	8	3	3
Landkreis Meißen	19	24	8	0	1	0
Landkreis Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	20	15	43	0	2	9

Region Ostsachsen

Die Region Ostsachsen umfasst die Landkreise Bautzen und Görlitz.

Im **Landkreis Bautzen** existieren bereits seit Jahren keine linksextremistischen Strukturen. Während im **Landkreis Görlitz** in den vergangenen Jahren – trotz personeller Schwäche – noch linksextremistische Strukturen vorhanden gewesen waren, zeigte im Berichtsjahr nur noch die Antifaschistische Aktion Görlitz sporadisch Präsenz im Internet. Sowohl der Autonomal-Versand in Zittau als auch die Antifa Lausitz entfalteten keine öffentlichen Aktivitäten mehr. Noch im Vorjahr war die Antifa Lausitz eine feste Struktur mit überregionalen Aktivitäten gewesen, die über intensive Kontakte in die Tschechische Republik verfügt hatte.

Diese Inaktivität autonomer Strukturen korrespondiert mit einem Rückgang öffentlicher Aktivitäten von Linksextremisten. Bereits in den Vorjahren hatten an den Aktivitäten nur wenige Teilnehmer teilgenommen. Im Berichtsjahr ging in Ostsachsen darüber hinaus auch die Zahl der Aktionen insgesamt zurück, wohingegen diese in anderen Regionen Sachsens deutlich anstiegen.

Am 3. Oktober 2015 beteiligten sich Linksextremisten in Görlitz an Protestaktivitäten gegen eine asylkritische Demonstration. Gegendemonstranten versuchten, den Aufzug zu blockieren, was von der Polizei verhindert wurde. Zudem wurden aus dem Kreis der Gegendemonstranten zwei Böller in Richtung der Demonstration geworfen, durch die Polizeibeamte verletzt wurden. Weitere Übergriffe konnten durch die Polizei verhindert werden.

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Straftaten

	linksextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Freistaat Sachsen	582	821	977	162	154	283
Landkreis Bautzen	9	31	23	0	5	0
Landkreis Görlitz	14	13	21	2	1	2

Region Nordsachsen

In den **Landkreisen Leipzig und Nordsachsen** gab es auch im Berichtsjahr keine aktive linksextremistische Szene. Aktionen, wie die nachfolgend genannten, basierten – auf Grund der örtlichen Nähe zu Leipzig – vor allem auf Aktivitäten dortiger linksextremistischer Gruppierungen und Einzelpersonen.

So wurde die Demonstration „Kamal K. von Rassisten ermordet! – Nazis keine Ruhe lassen! – Nichts wird vergessen, nichts ist vergeben!“ am 28. März 2015 in Taucha (Landkreis Nordsachsen) von der nichtextremistischen Initiative „Rassismus tötet!“- Leipzig initiiert. Während frühere Demonstrationen zum Jahrestag des am 24. Oktober 2010 in Leipzig aus rassistischer Motivation heraus ermordeten Kamal K. in Leipzig stattfanden, erfolgte im Jahr 2015 eine Verlegung nach Taucha, da dort zu diesem Zeitpunkt einer der am Mord Beteiligten nach seiner Haftentlassung wohnte. Während sich in Leipzig jährlich mehrere Hundert Personen an den Gedenkdemonstrationen beteiligten, war die Teilnehmerzahl mit etwa 120 Personen, darunter auch Linksextremisten, in Taucha überschaubar.

Im Landkreis Nordsachsen wurden keine Aktivitäten zur Asylthematik bekannt. Anders im Landkreis Leipzig: Dort befanden sich am 29. Juni 2015 in Borna auch Linksextremisten unter den etwa 120 Teilnehmern der angemeldeten Demonstration „Borna ohne Grenzen – No Legida“. Diese Demonstration richtete sich gegen eine Demonstration des damals in Gründung befindlich gewesenen Vereins „GIDA Regional“. Während dieser Demonstration versuchten Teilnehmer der „No-Legida-Demonstration“ deren Tribünenwagen zu stürmen. Im Anschluss an die Demonstration erfolgte in Leipzig ein tätlicher Angriff von mindestens drei verummten Personen auf zwei „GIDA Regional“-Teilnehmer, als diese den Tribünenanhänger zur Verleih-Firma zurückbrachten.

Bereits im Vorfeld war auf dem von Linksextremisten genutzten Internetportal „left-action“ zu dieser Demonstration aufgerufen worden⁶⁵. Ziel war es, sich gegen die GIDA-Bewegung zu positionieren, da in diesem Zusammenhang ein Erstarben „rechter Strukturen und die Entwicklung eines Selbstbewusstseins von Neonazis“ erfolge.

⁶⁵ www.left-action.de, Beitrag „Gemeinsam und solidarisch gegen Legida und Co.“ (Stand: 25. Juni 2015)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Straftaten

	linksextremistische Straftaten			davon Gewalttaten		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Freistaat Sachsen	582	821	977	162	154	283
Landkreis Leipzig	9	16	138	2	4	2
Landkreis Nordsachsen	23	18	27	10	2	2